

DKP-Informationen

Nr. 4/2014 - 18. September 2014

9. Tagung des Parteivorstandes 13./14. September 2014 Essen

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

9. Tagung des Parteivorstands der DKP

13./14. September 2014, Essen

Inhalt

- Tagesordnung
- Referat zum Thema „Imperialistische Kriegspolitik, aktuelle Gefahren, Anforderungen an Partei und Friedensbewegung“
Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP
- Einführung für die Diskussion zur Auswertung des 18. UZ-Pressfestes
Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP
Werner Sarbok, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes
- Referat zur Auswertung der Mitgliedsbuchneuausgabe
Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP
- Beschlüsse

Tagesordnung:

- Eröffnung, Begrüßung und Beschlusskontrolle
- Referat und Diskussion zum Thema
„Imperialistische Kriegspolitik, aktuelle Gefahren, Anforderungen an Partei und Friedensbewegung“
- Auswertung des 18. UZ-Pressfestes
- Schlussfolgerungen aus der Mitgliedsbuchneuausgabe
- Einberufung des 21. Parteitages
- Weitere Beschlussfassungen
- Schlusswort

9. Tagung des Parteivorstands der DKP

13./14. September 2014, Essen

(Unkorrigiertes Manuskript,
Es gilt das gesprochene Wort.)

Imperialistische Kriegspolitik, aktuelle Gefahren, Anforderungen an Partei und Friedensbewegung

Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP

(kursiv gedruckte Passagen wurden aus Zeitgründen nicht mündlich vorgetragen)

Liegt die Vorkriegsphase schon hinter uns?

Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Sommer 2014 bot uns das Bild einer äußerst bedrohlichen Welt. Und so ist es geblieben. Die internationalen Krisenherde hielten und halten nicht nur die politischen Aktivisten in Atem. Mit wachsender Besorgnis mussten und müssen wir auf die diversen Kriegsschauplätze schauen: Ukraine, Gaza, Irak, Syrien und jetzt der NATO-Gipfel, der eine neue Phase der Krisenverschärfung bringen wird. Das Krisenkarussell dreht sich immer schneller. Die Kriegstrommeln werden lauter geschlagen. Und der deutsche Imperialismus mit seiner politischen Führung, der Großen Koalition, erweist sich als einer der wichtigen Anheizer der Krise.

Das Sekretariat hat angesichts dieser Krisensituation einerseits und dem noch nicht ausgereiften Stand der Arbeit an der Hauptresolution des nächsten Parteitages entschieden, die Frage von Krieg und Frieden zum Schwerpunkt der Beratung neben der Auswertung der Mitgliedsbuchneuausgabe zu machen. Das Referat hat vor allem den Zweck, Hintergrundinformationen und Zusammenhänge zu vermitteln, die auch bei der weiteren Aktualisierung unserer Strategie im antimilitaristischen und antifaschistischen Sinne nützlich sind.

Es wird also im Hauptteil ein auf friedenspolitische Informationsvermittlung gerichteter Vortrag sein und kein Referat zur aktuellen Lage insgesamt. Er wird eure erhöhte Aufmerksamkeit und Geduld erfordern. Wahrscheinlich brauchen wir zwischendrin eine Pause.

Doch bevor ich damit beginne, möchte ich erst einmal den gemeinsamen Protest des PV gegen die Verurteilung von 40 Antifaschistinnen und Antifaschisten, darunter unser Hannoveraner Genosse, aussprechen. Sie wurden wegen seiner Beteiligung an der Blockade eines Nazi Aufmarsches in Bad Nenndorf, zu der der DGB aufgerufen hatte, verurteilt.

Unser Genosse wurde zu einer Geldstrafe von 1.200 Euro – ersatzweise zwei Monate „Ersatzfreiheitsstrafe“ – verurteilt. Unser Genosse hat sich geweigert, diese Geldstrafe anzuerkennen, weil er sein legitimes Recht auf antifaschistischen Widerstand nicht als eine kriminelle Handlung verunglimpfen lassen will. Wir erklären uns mit ihm und allen anderen Verurteilten solidarisch und fordern die sofortige Rücknahme der Urteile.

Dann weise ich auf einige sehr wichtige aktuelle wirtschafts- und gewerkschaftspolitische Probleme und akute Aufgaben hin:

Da ist zuerst der Fortgang der Verhandlungen über das **TTIP- das Transatlantische Freihandelsabkommen** zwischen EU und USA. Wir hatten bereits auf der 6. PV-Tagung im Januar dieses Jahres intensiv über das TTIP diskutiert und bewerteten es als Unterwerfung von ganzen Staaten unter die Kapitalinteressen großer Konzerne.

Gleiches gilt auch für **CETA** (Comprehensive Economic and Trade Agreement, umfassender Vertrag über Wirtschaft und Handel), ein Abkommen zwischen den EU und Kanada, und auch für **TISA** (Trade in Services Agreement, Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen), ein Abkommen zwischen rd. 50 Staaten, darunter die USA und die EU.

Allen Abkommen ist eigen, dass sie sog. Regulierungshemmnisse abbauen und damit die Profitbedingungen des Großkapitals und der Monopole verbessern wollen, und zwar zu Lasten von bisher erreichten Standards, wie z.B. im Arbeits- und Sozialbereich, beim Umwelt- und Verbraucherschutz.

Sie werden zu einer neuen Welle der Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge führen. Künftige Rekommunalisierungen sollen ver-

hindert werden; Privatisierungen sollen zum Teil unwiderruflich gelten.

Die großen multinationalen Konzerne dürfen gegen Staaten klagen, aber für Staaten, Kommunen und ebenso für Arbeitnehmer und Gewerkschaften sind Klagerechte nicht vorgesehen.

Es fehlt an Transparenz und Öffentlichkeit, stattdessen wird hinter verschlossenen Türen verhandelt.

Demokratie und bürgerlicher Rechtsstaat, Arbeits- und Menschenrechte nach den Standards von UNO und ILO und die Erhaltung der Umwelt spielen keine Rolle bei den Freihandelsabkommen.

Gegen TTIP hat sich bereits im letzten Jahr Widerstand entwickelt. TiSA und CETA sind in den letzten Monaten mehr in den Fokus gerückt.

Am 05.08.14 wurde bekannt, dass der Vertragstext des Freihandelsabkommens CETA zwischen Kanada und der Europäischen Union fertig ist. Es handelt sich um ein rund 1.500 Seiten starkes Dokument, welches immer noch als Verschlussache gilt. Immerhin gelang es der ARD, einen Teil zu „leaken“. Dem ist zu entnehmen, dass es auch hier eine Investor-Staats-Klagemöglichkeit gibt. CETA funktioniert quasi als Blaupause für TTIP.

In gut zwei Wochen, am 25. September, wollen die EU-Kommission und die Regierung Kanadas beim EU-Kanada-Gipfel dieses Abkommen vorstellen. Danach sollen die nationalen Parlamente das Abkommen bestätigen. In Kraft treten könnte es frühestens 2016.

Auch der Bundesrat beschäftigt sich damit.

In einer Entschließung hat er am 11.07.2014 u.a. zu den beabsichtigten Schiedsgerichtsverfahren in TTIP festgehalten, dass er „spezielle Investitionsvorschriften und Streitbeilegungsmechanismen im Verhältnis Investor und Staat zwischen der EU und den USA für verzichtbar und mit hohen Risiken verbunden“ hält. Fast selbstkritisch mutet es an, wenn der Bundesrat in diesem Zusammenhang feststellt, dass ihm bewusst ist, „dass derzeit solche Regelungen aus den bereits bestehenden 131 deutschen und ca. 1.400 europäischen Investitionsschutzabkommen zur Anwendung kommen können“, die bereits solche Schiedsgerichtsverfahren beinhalten.

Wenn sich diese Bundesregierung selbst ernst nehmen will, dann würde sie aufgrund der Bundesratsentschließung das CETA-Abkommen nicht unterschreiben. Doch davon können wir nicht ausgehen. Deshalb gilt es

jetzt, auf möglichst breiter gesellschaftlicher Ebene Widerstand zu organisieren und zu unterstützen.

Vorgestern nun (11.09.14) informierte das Bündnis „**Stop TTIP**“ darüber, dass die von ihm initiierte Europäische Bürgerinitiative gegen die internationalen Handels- und Investitionsverträge TTIP und CETA durch die EU-Kommission am gleichen Tage abgelehnt wurde. Und zwar mit der Begründung, dass die Verhandlungsmandate zu TTIP und CETA keine „Rechtsakte“, sondern nur „interne Vorbereitungsakte“ seien, die durch eine Bürgerinitiative nicht anfechtbar sind.

Damit versucht die EU-Kommission, den Einfluss der Bürger der EU auf die Entwicklung internationaler Verträge im Keim zu ersticken.

Das Bündnis, bestehend aus ca. 230 Organisationen aus 21 EU-Ländern, hat Widerstand gegen diese Entscheidung der EU-Kommission angekündigt.

Dem Parteivorstand liegt auf der heutigen Tagung ein Antrag vor, um die Partei auf den europaweit am 11.10. stattfindenden Aktionstag zu orientieren und sich aktiv an der europaweiten Unterschriftensammlung gegen TTIP zu beteiligen.

Als nächsten aktuellen Punkt nenne ich den **zentralen Jugendaktionstag der IG Metall am 27.09.14 in Köln**. Er findet unter dem Motto „Bildung.Macht.Zukunft“ statt. Mehrere tausend junge Metallerrinnen und Metaller werden für ihre Perspektive, für gute Bildung und bezahlte Freistellung demonstrieren.

Hintergrund ist das Ergebnis einer großen Beschäftigtenumfrage der IG Metall, nach dem fast dreiviertel der jungen Befragten glauben, dass ohne Weiterbildung eine gute Arbeit bis zur Rente nicht möglich ist. Der Jugendaktionstag ist der Startschuss für eine Offensive in den Betrieben und auf den Straßen auch zur anstehenden Metall-Tarifrunde 2015.

Zugleich ist der Jugendaktionstag der diesjährige Höhepunkt der IG Metall-Jugendkampagne „**Revolution Bildung**“ für ein besseres und gerechteres Bildungssystem: genug Geld für Schulen, Hochschulen und Berufsschulen; sowie für ein individuelles Anrecht auf bezahlte Freistellung für Bildung und Weiterbildung.

Nur einen Tag später, am 28.09.14, findet ebenfalls in Köln der **Jugendkongress der SDAJ** statt.

Lange, und in vielen Fällen auch vergeblichen Suche nach einem Ausbildungsplatz, fehlende Praxisanleitung, Schulgebühren, Überstunden, geringe Vergütung und schlechte Ausbil-

dungsqualität vor und während der Ausbildung und am Ende oft nur befristete oder gar keiner Übernahme. Stattdessen Hartz 4 und zum Aufstocken Minijobs. Das ist inzwischen eher die Regel als die Ausnahme.

Wer profitiert von derartigen Zuständen und was lässt sich dagegen tun? Weshalb ist es auch für Kolleginnen und Kollegen im Metallbereich wichtig, was die angehende Friseurin oder der Bäckerazubi verdienen und zu welchen Bedingungen sie arbeiten? Wo liegen die Perspektiven und Grenzen von Gewerkschaftskämpfen im Kapitalismus?

„Nichts ist mehr, wie es war.“

„Nichts ist mehr, wie es war.“ So lautet ein ganzseitiger herausgehobener politischer Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ im Vorfeld des soeben zu Ende gegangenen NATO-Gipfels in Wales: „Die NATO geht nach Osten“, sagt der Leitartikler.

Es handelt sich um den forcierten Ausbau des Angriffspotentials gegen Russland und um seine noch engere Einkreisung.

In den drei baltischen Staaten, in Polen und Rumänien werden je ein multinationaler NATO-Stützpunkt für Aufklärung, Logistik und Einsatzplanung entstehen. Gedacht ist an jeweils 300 bis 600 Mann, die „zu jeder Zeit“ im Land sein werden. Außerdem will die NATO für zunächst nicht begrenzte Zeit und auf rotierender Basis eine kleine Zahl von Kampftruppen in den fünf Staaten aufrechterhalten. Die NATO stellt eine hochmobile schnelle Eingreiftruppe aus ca. 4.000 Spezialeinheiten auf, die in kürzester Zeit voll kampfbereit ist.

Die Bundeswehr wird sich an der Rotation der Kampftruppen beteiligen. Anfang kommenden Jahres soll eine Kompanie, etwa 150 Mann, eine amerikanische Einheit ablösen; an welchem Ort, ist noch nicht bekannt.

Nur selten gibt es Angaben über die zusätzlichen Kosten und Belastungen, die allein für die Bundesrepublik daraus entstehen. Auf die BRD kommen laut FAS vom 31.08. „hohe Kosten und Belastungen zu. Es geht um Milliardeninvestitionen in den östlichen Staaten. Dort müssen Übungsplätze gebaut werden. Landebahnen, Rüstungsdepots, neue Straßen. Ein Teil der Kosten wird aus dem Gemeinschaftshaushalt der NATO bestritten; da zahlt nach den Vereinigten Staaten Deutschland am meisten ein.

Das sind Fragen, denen die SDAJ auf ihrem Jugendkongress zur Ausbildungssituation und für ein allgemeines Ausbildungsgesetz gemeinsam auf den Grund gehen will.

Wir rufen von dieser PV-Tagung dazu auf, unsere Positionen in Form des UZ-Extra massenhaft auf dem Aktionstag zu verteilen und den Jugendkongress der SDAJ zu unterstützen.

Nun aber zum eigentlichen Schwerpunktthema dieser PV-Tagung, der bedrohlichen Kriegsgefahr in Europa und die gefährliche Ausweitung der Kämpfe im Nahen und Mittleren Osten.

Auch bei der schnellen Eingreiftruppe richten sich die Blicke auf Deutschland. Es gibt nur eine Handvoll Armeen in Europa, die dazu größere Kontingente beisteuern können, darunter die Bundeswehr.“ Schon werden in den Regierungsparteien die ersten Stimmen laut, wonach die Bundeswehr personell überfordert werde und deshalb der Wehrdienst wieder eingeführt werden müsse.

So ganz nebenbei wird eingeräumt, dass die NATO mit ihrem „*readiness action plan*“ die bisherigen vertraglichen Grundlagen der Beziehung zwischen NATO und Russland so gut wie über den Haufen gestoßen hat. Russland wird vom Status eines offiziellen Partners zum Feind umgestuft und die NATO ist entgegen dem Russland-NATO-Pakt von 1997 dauerhaft mit Truppen an den russischen Grenzen stationiert. Darüber kann auch das diplomatische Gerede nicht hinwegtäuschen, wonach durch das Drängen der deutschen Kanzlerin eine noch härtere Reaktion und die offizielle Aufkündigung des Vertrages verhindert worden sei.

Doch das ist nur der letzte Punkt in einer Kette kriegerischer Ereignisse der letzten Wochen. Dabei hätten und haben doch alle Politiker Grund, die Lehren des vergangenen Jahrhunderts zu beherzigen: „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus.“ Das Gegenteil ist der Fall.

Angesichts der Dramatik der letzten Monate sind viele Fragen in der Friedensbewegung hochgekommen, zu denen wir als Kommunistinnen und Kommunisten grundsätzlich gefordert sind. Sie werden uns auch in der Vorbereitung auf den 21. Parteitag begleiten und mit Sicherheit auch in unsere Diskussion über die politische Hauptresolution des 21. Parteitags

einfließen, die wir als Entwurf auf den nächsten PV-Tagung im November beraten werden.

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf einige der Fragen, die mit dem Klassen- und Systemcharakter von Krieg und Frieden zusammenhängen. Sie befassen sich mit der Langzeitstrategie des US-Imperialismus und seiner Verbündeten im im-

Der Imperialismus kennt kein „Stolpern“ in den Krieg

In den letzten Monaten hat das Thema „100 Jahre 1. Weltkrieg“ viele Medien in erstaunlicher Intensität beschäftigt. Von einem wahren „Medien-Hype“ ist im Zusammenhang mit den Jahrestagen der Kriegsausbrüche von 1914 und 1939 die Rede. Insbesondere die These des in diesem Jahr bekannt gewordenen australischen Historikers Christopher Clark, dass damals Europas Politiker wie „Schlafwandler“ und gegen den eigenen Willen in den ersten Weltkrieg hineingerutscht seien, wurde und wird viel diskutiert.

Wir hatten uns im Frühjahr auf der 4-Parteien-Konferenz in Aachen frühzeitig mit diesen Aspekten der ideologischen Aufbereitung der Kriegsschuldfrage beschäftigt. Die Broschüre, die die UZ-Redaktion und die Internationale Kommission des PV dazu herausgebracht haben, ist eine Fundgrube von Argumenten, die wir auch künftig gut nutzen können.

Vielen Beobachtern wurde in den letzten Monaten klar, dass sich hinter dem Hype um die These vom „Schlafwandeln in den Krieg“ der Versuch verbirgt, die historisch belegte Schuld des imperialistischen Deutschland nicht nur an beiden Weltkriegen zu beschönigen und zu verleugnen. Vor allem soll die systemische Verbindung zwischen Kapitalismus und Krieg verschleiert werden.

Es ist deshalb sinnvoll, an eine kurze Ursachenbestimmung des I. Weltkrieges zu erinnern.

Ein Zeitgenosse erklärte zwei Jahre nach Kriegsschluss auf einer Konferenz von Kriegsgegnern: „Eine unbedeutende Zahl von Kapitalisten vermochte bisweilen ganze Industriezweige in ihrer Hand zu vereinigen; sie gingen in die Hände von Verbänden, Kartellen, Syndikaten, Trusts oft *internationalen* Maßstabes über. Ganze Industriezweige nicht nur einzelner Länder, sondern der *ganzen Welt* gerieten so in die Hände von Monopolisten, entweder in finanzieller Beziehung oder auf Grund des Eigentumsrechts oder hinsichtlich der Produktion. Auf dieser Grundlage entwickelte sich eine noch nie dagewesene Herrschaft einer geringen Anzahl von *Großbanken, Finanzkönigen, Finanzmagnaten*, die sogar die freiesten Re-

perialistischen Militärpakt NATO. Dazu werden die notwendigen historischen Erfahrungen, die dem zugrunde liegen, in Erinnerung gerufen.

Ein weiterer Aspekt wird die Beurteilung der Rolle Russlands in den gegenwärtigen bedrohlichen Konflikten sein. Am Ende werde ich ein Resümee mit den vor uns liegenden Aufgaben ziehen.

publiken in Wirklichkeit in *Finanzmonarchien* verwandelten. ...

Diese Herrschaft eines Häufleins von Kapitalisten erlangte ihre volle Entfaltung, als der ganze Erdball aufgeteilt war. ... Aus dieser Teilung der ganzen Welt, aus dieser Herrschaft der kapitalistischen Monopole, aus dieser Allmacht einer geringfügigen Anzahl von Großbanken – etwa 2 - 5 auf je einen Staat, nicht mehr – erwuchs unvermeidlich der imperialistische Krieg 1914 - 1918.“ (Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Verlag der Kommunistischen Internationale 1921, S 18 -19, Hervorhebungen durch mich. HPB)

Es war Lenin, der diese knappe, aber doch so klare Erklärung der Hintergründe des I. Weltkrieges und die Verbindung zwischen Imperialismus, Internationalisierung, Finanzkapital und Krieg auf dem II. Weltkongress der jungen Kommunistischen Internationale formuliert hatte.

Holt uns die Vergangenheit ein? Bestimmt der Krieg auch wieder die Zukunft Europas? Ich erinnere an das bekannte Gedicht von B. Brecht: „Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.“ – („Offener Brief an die deutschen Künstler und Schriftsteller“, 1951)

Die derzeitigen scheinbar nicht miteinander verknüpften Kriege in der Ukraine, dem Nahen und Mittleren Osten sind weitaus mehr als nur lokale Ereignisse. Sie sind Teil eines großen Ganzen. Sie ergeben sich aus der Logik der mächtigsten imperialistischen Staaten – voran des US-Imperialismus – und ihres Kriegsverbündnisses, der NATO.

Der Imperialismus hat – so schrieb schon Karl Liebknecht in seiner berühmten Studie „Militarismus und Antimilitarismus“ – nicht nur zu einer neuen Rolle der Armeen geführt. Mit dem Imperialismus sind „neue, höchst gefährliche Reibungsflächen entstanden infolge der von den sogenannten Kulturstaaten verfolgten kommerziellen und politischen Expansionsbe-

strebungen, die uns auch die orientalische Frage und den Panislamismus in erster Linie beschert haben, infolge der Weltpolitik, der Kolonialpolitik im besonderen, die ... ungezählte Konfliktmöglichkeiten in sich birgt ...“ (Hervorhebung durch mich – HPB)

Die derzeitigen regionalen vom Imperialismus gesteuerten Kriege im Nahen Osten, in Nordafrika, in Afghanistan und in der Ukraine bergen ganz im Liebknechtschen Sinne „ungezählte Konfliktmöglichkeiten“ in sich und sie

Unipolare oder multipolare Welt

Heute geht es um die Zuspitzung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Hauptmächten unter Führung der USA einerseits und dem sich formierenden Kern einer multipolaren Welt andererseits, die der Dominanz der imperialistischen Hauptmächte in den ersten 20 Jahren nach dem Zerfall des realen Sozialismus widerspricht. Der US-amerikanische Politologe Robert Kagan, 1984 - 1998 Mitglied im „Council of Foreign Relations“ des US-Außenministeriums, hat vor einigen Jahren in einer Studie „Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung“ die besondere Rolle der Supermacht USA in der „unipolaren“ Machtkonstellation nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers so skizziert:

„... die bloße Tatsache des Zusammenbruchs des Sowjetimperiums (führte) dazu, dass die Stärke Amerikas in Relation zur übrigen Welt enorm zunahm. Das beträchtliche militärische Arsenal der USA, das einst kaum ausgereicht hatte, um die sowjetischen Streitkräfte in Schach zu halten (Das ist natürlich die ideologisch gefärbte und die Historie auf den Kopf stellende Sicht seitens eines Beraters der US-Regierung.- HPB) -, wurde nunmehr in einer Welt ohne ernst zu nehmenden Gegner eingesetzt. Dieses ‚unipolare Moment‘ hatte eine ganz natürliche und vorhersehbare Konsequenz: es erhöhte die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, im Ausland militärische Macht einzusetzen. Nachdem das Gegengewicht der Sowjetmacht weggefallen war, konnten die USA praktisch an jedem Ort und zu jedem Zeitpunkt ihrer Wahl eingreifen – eine Tatsache, die sich in der starken Zunahme militärischer Interventionen in Übersee widerspiegelte, ... Während viele amerikanische Politiker davon sprachen, Amerika solle sein internationales Engagement zurückführen, sah die Wirk-

könnten durchaus auch als erste Auftaktgefechte eines neuen Weltkrieges interpretiert werden. Nach dem vorübergehenden „globalen Nebel“, der laut dem marxistischen Historiker E. Hobsbawm nach dem Zerschlagen der meisten Staaten des realen Sozialismus den Globus eingehüllt hatte, haben sich mittlerweile die Konturen eines neuen internationalen Systems von imperialistischer Dominanz, Aggressivität und wechselseitigen Abhängigkeiten herausgebildet.

lichkeit ganz anders aus: Amerika intervenierte häufiger als während des größten Teils des Kalten Krieges. Dank neuer Technologien konnten die USA militärische Gewalt durch Luft- und Raketenangriffe auch in begrenzterer Form einsetzen, und sie taten dies immer häufiger.“

Kagan bewertete die unter G. W. Bush nach dem „11. November“ verabschiedete „Neue Nationale Sicherheitsstrategie so: „... das eigentlich Bemerkenswerte an diesem Dokument besteht darin, dass, abgesehen von einigen wenigen Bezugnahmen auf den ‚Präventivschlag‘, der selbst kein wirklich neues Konzept ist, die ‚neue Strategie‘ der Bush-Administration kaum mehr war als eine Neuformulierung alter Leitlinien der amerikanischen Politik, von denen viele fünfzig Jahre zurückreichten.“

Ihnen liege „eine gemeinsame und entschiedene amerikanische Annahme zu Grunde: dass die Vereinigten Staaten die ‚unverzichtbare Nation‘ seien. Die Amerikaner möchten eine freiheitliche Weltordnung verteidigen und befördern. Aber die einzige stabile und erfolgreiche Weltordnung, die sich die Amerikaner vorstellen können, ist eine, in deren Zentrum die USA stehen. Und die Amerikaner können sich auch keine Weltordnung vorstellen, die nicht mit militärischer Macht verteidigt wird, insbesondere amerikanischer Macht. Wenn dies Arroganz ist, dann ist es wenigstens keine neue Arroganz.“

Die Erklärung Obamas zu seinem künftigen strategischen Vorgehen gegen die Terrororganisation „IS“ von Donnerstag dieser Woche steht ganz in dieser Bush-Tradition. Sowohl in deren Arroganz als auch in deren militaristischer Konsequenz. Doch dazu später mehr.

US-Strategie gegen das postsowjetische Russland

Im Rahmen der ideologischen Absicherung des kalten Krieges gegenüber den sozialistischen Staaten nach 1945 sah die Langzeitstrategie der USA und NATO eine bewusste Beeinflussung und ideologische Aushöhlung des „Sowjetblocks“ und der kommunistischen Weltbewegung vor.

Der britische Premierminister W. Churchill hatte in seiner berühmten „Fulton-Rede“ am 5.3.1946 erstmals zur Überwindung des „Eisernen Vorhangs“ (iron curtain) aufgerufen, der laut Churchill „zwischen Stettin an der Ostsee bis Triest an der Adria“ von „Moskau“ errichtet worden sei. Das war der Startschuss zum „Kalten Krieg“.

Die gesamte sowjetische „Einflusssphäre“ mit samt den „weitab von den russischen Grenzen und über die ganze Welt“ verstreuten „kommunistischen fünften Kolonnen“, die in „vollständiger Übereinstimmung und mit absolutem Gehorsam gegenüber den Weisungen, die sie aus der kommunistischen Zentrale empfangen“ operierten, müssten – so Churchill – „aufgerollt“ werden.

Auf der Basis der im März 1947 verkündeten „Truman-Doktrin“ (H. Truman, Präsident der USA von 1945 - 1953) starteten auch die USA im Folgejahr eine massive politisch-militärische und ideologische Konterbewegung gegen echte und vermeintliche Kommunisten, die sie – nicht nur in den USA und in Europa – auf dem Vormarsch sahen.

In der „Direktive NSC 58 – Memorandum No. 58 des Nationalen Sicherheitsrates der USA“ vom 14.9. 1949 wurde eine auf Jahrzehnte angelegte Konzeption zur Herausbildung eines „häretischen“ und „abtrünnigen“ Kommunismus entwickelt.

Dieser sollte innerhalb des „Sowjetblocks“ zum Verzicht auf die proletarisch-sozialistische Weltrevolution und zur Zerrüttung des sozialistischen Systems in Richtung eines „demokratischen Sozialismus“ führen und außerhalb des sowjetischen Einflussbereichs die westlichen KPen in Richtung eines linken Sozialdemokratismus drängen. In der Direktive hieß es:

„31. Unser Endziel muss natürlich das Entstehen nicht-totalitärer Regierungen in Osteuropa sein, die gewillt sind, sich der Gemeinschaft der freien Welt anzupassen und an ihr mitzuwirken.“ Dieses Ziel galt für den Moment jedoch als nicht realisierbar.

Deshalb hieß es in Punkt 32 des Memorandums: „Wenn wir jedoch beabsichtigen, dass in einem ersten Schritt abtrünnige kommunistische Regimes die gegenwärtigen stalinisti-

schen Regierungen verdrängen, haben wir sehr viel größere Erfolgchancen.“

Im nachfolgenden Punkt 33 wurde dieses Vorgehen so konkretisiert: „Das gegenwärtige Verfahren ist demnach, einen häretischen Ablösungsprozess in den Satellitenstaaten zu begünstigen. So gering sie auch erscheinen mögen, Gründe für ketzerische Abspaltungen existieren bereits. Wir können zur Vertiefung dieser Risse beitragen, ohne Verantwortung auf uns zu nehmen. (...) der Streit würde zwischen dem Kreml und der kommunistischen Reformbewegung ausgetragen.“

Der Hauptstoß galt dabei dem Teil der Kader innerhalb der Kommunistischen Parteien, die am entschiedensten gegen den Imperialismus eingestellt waren und die deshalb zunächst in den eigenen Reihen als „Stalinisten“ denunziert und isoliert werden sollten (Punkt 37).

Das schwierigste Problem aus Sicht des Nationalen Sicherheitsrates bestand darin, „die Entwicklung eines abtrünnigen Kommunismus zu fördern, ohne zur gleichen Zeit ernsthaft unsere Chancen zu beeinträchtigen, diesen Totalitarismus einer Übergangszeit endgültig durch freiheitliche Lebensformen zu ersetzen, die der westlichen Welt geistesverwandt sind.“ (Punkt 42)

Der Hebel, den die US-Strategen dafür sowohl gegenüber den sozialistischen Ländern wie auch gegenüber den Kommunistischen Parteien insgesamt anzusetzen gedachten, war eine Transformationsstrategie – in einem doppelten Sinne. Transformation des sozialistischen Entwicklungsweges innerhalb des sozialistischen Lagers in Richtung Kapitalismus und „freier Marktwirtschaft“ unter Ausnutzung und Vertiefung nationaler Gegensätze zwischen und in diesen Staaten und zugleich Umwandlung der Kommunistischen Parteien des Westens in Richtung eines „Reformkommunismus.“ (Vergl. dazu auch: „Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart“, Frankfurt/M., Verlag Marxistische Blätter, 1972, S. 71 ff)

Die NSC- und Pentagon-Strategen waren enorm weitblickend; sie verstanden wirklich was von Langzeitstrategie. Leider besaß die kommunistische Bewegung nur in den ersten Nachkriegsjahren die notwendige revolutionäre Wachsamkeit und die notwendige Skepsis gegenüber dieser Strategie.

Ich erinnere daran, wie der damalige sowjetische Spitzenfunktionär und „Chefideologe“ A. Shadanow Ende September 1947 auf einer Beratung einiger Kommunistischer Parteien in seiner berühmt gewordenen Rede „Über die

internationale Lage“ die Herausbildung des imperialistischen Lagers unter Führung der USA und des antiimperialistisch-demokratischen Lagers unter Führung der UdSSR analysierte.

Und ich erinnere an den Rechenschaftsbericht von G. M. Malenkow auf dem 19. Parteitag der KPdSU 1952, in dem sehr richtig die Kombination von aggressiven politisch-militärischen und ideologischen Kampfmethoden des US-Imperialismus analysiert wurde und die Partei

Von der Konterrevolution zur Restauration

Die US Strategen erdachten und planten jedoch nicht nur die Strategie der inneren ideologischen Aushöhlung, die ideologische Entauptung der KPdSU und der anderen KPen, sie dachten auch über die darauf folgende Etappe der Konterrevolution nach: die Phase der Stabilisierung des Erfolgs durch die „Restauration“.

In ihren „Schlussfolgerungen“ schrieben sie im vorletzten Punkt 47: „Wir sollten versuchen, dieses Operationsziel durch die Förderung kommunistischer Abspaltungen in der Gruppe der Satellitenstaaten – und dies ist der einzige unmittelbar gangbare und tatsächlich mögliche Weg – zu erreichen, indem wir die Entstehung nichtstalinistischer Regime als Übergangsregierungen unterstützen, mögen diese auch im Wesen kommunistisch sein.“

Und dann geht es im Punkt 48 weiter mit dem Satz. „Jedoch muss es unser ausgemachtes Ziel sein, dass letztendlich diese Regime ersetzt werden müssen durch nicht-totalitäre Regierungen, die danach verlangen, in Aufrichtigkeit an der Gemeinschaft der freien Welt beteiligt zu sein.“

Im Ergebnis dieser Transformation der als „stalinistisch“ verunglimpften Sowjetunion zu einem Übergangsregime mit „abtrünnigen Kommunisten“ an der Spitze, die sich noch nicht völlig in die „freie Welt“ eingegliedert haben, sollten auch die Beziehungen zwischen den Randgebieten der UdSSR und dem russischen Kernland neu ausgerichtet werden.

Zum Charakter der gegenwärtigen russischen Politik

Vor dem Hintergrund dieser langfristigen strategischen Konzepte des US-Imperialismus ist auch die aktuelle Diskussion über den heutigen Platz Russlands im derzeitigen Weltgeschehen zu beurteilen.

zur erhöhten Wachsamkeit und Geschlossenheit angesichts der unverhohlenen neuen Kriegsdrohungen aufgerufen wurde.

Die verantwortlichen US-Strategen waren den sowjetischen Politikern, die nach dem Tode J. W. Stalins folgten und auf dem 20. KPdSU-Parteitag vor allem auf die Wirksamkeit der Strategie der friedlichen Koexistenz setzten, ganz offenkundig in der Entschiedenheit und Konsequenz bei der Verfolgung ihrer Langzeitziele haushoch überlegen.

In dem im bereits August 1948 verabschiedeten „Memorandum No.20/1 des Nationalen Sicherheitsrates“ wurden auch die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland beim und nach dem Zerfall der UdSSR neu definiert.

Die NSC-Strategen verwiesen auf die engen ökonomischen und kulturellen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine und warnen vor einem überstürzten ukrainischen Separatismus. Es gebe gar keine klar erkennbare territoriale Trennungslinie „und es wäre unmöglich, eine solche zu errichten. Die Städte auf ukrainischem Gebiet sind seit jeher vorherrschend russische und jüdische Siedlungen.“

Der damals von ukrainischen Separatisten- und Emigrantenorganisationen an Washington herangetragene Wunsch nach öffentlicher Unterstützung wurde deshalb auch aus taktischen Gründen abgelehnt. Der NSC riet dazu „eine äußere Neutralität zu bewahren, solange nicht unsere eigenen Interessen – militärische oder andere – unmittelbar berührt wären.“

Generell riet der NSC, nach dem Zerfall der Sowjetunion „entschlossene Anstrengungen“ zu unternehmen, „um zu vermeiden, die Verantwortung für die Entscheidung zu übernehmen, wer in Russland nach einem Zerfall des sowjetischen Regimes regieren soll. ...

Möglicherweise wird zwischen diesen Gruppen ein gewaltsamer Kampf entbrennen. Selbst dann sollten wir uns nicht einmischen, solange unsere militärischen Interessen unangetastet bleiben.“

Innerhalb der DKP, aber auch in anderen fortschrittlichen Organisationen und Verbänden, wie z.B. den Freidenkern, wird heftig darüber diskutiert, wie das post-sowjetische Russland einzuordnen sei. Die Ansichten reichen von

„Friedensmacht Russland“ bis „mindestens so schlimm wie der US-Imperialismus“.

Das sind keine „akademischen“ Fragen.

Sie berühren unser Verständnis von Internationalismus und von Bündnisarbeit. Ich würde uns allen raten, in dieser Diskussion sehr realistisch und nüchtern zu denken. Eigentlich gibt es für uns als Marxisten-Leninisten in diesem Punkt nicht so viel zu rätseln und zu zerstreiten brauchen wir uns darüber schon gar nicht. Die Haltung zum postsowjetischen Russland kann kein neuer „Prüfstein für Kommunistinnen und für Kommunisten“ sein, wie es einst im Thälmannschen Sinne die Haltung zur Sowjetunion und der Diktatur des Proletariats war.

Wir werden alle übereinstimmend davon ausgehen, dass zu Beginn der 90er Jahre der Zerfallsprozess der sozialistischen UdSSR sich unter innerem und äußerem Druck ausgeweitet hatte zu einer Konterrevolution.

Diese durchlief die erste rasante Phase der „ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“ und der Restauration des Kapitalismus in einer seiner dreckigsten und wildesten Formen bis zu einem „Manchester-Kapitalismus pur“ in kürzester Zeit. Viele sprachen vom „Wild-West-Kapitalismus“.

An dessen Spitze stand zu Beginn eine Führungsgruppe mit Anhang in der Elite aus Parteiführung, Führung des Kommunistischen Jugendverbands und wichtiger Sektoren aus dem Staatsapparat, insbesondere von Militärs, Geheimdienstlern und leitenden Funktionären der früheren staatlichen Großbetriebe. Ihr zur Seite stand eine einflussreiche Schicht aus dem Bereich der Medien und Kulturapparate.

An der Spitze der Konterrevolution agierte in dieser Vorbereitungsphase M. Gorbatschow, der sich später selbst als Sozialdemokrat einstuft.

Zu seiner in sich uneinigen Führungsmannschaft gehörten hartgesottene und strategisch weitblickende Typen wie der Außenminister E. Schewardnadse und der Ideologiechef A. Jakowlew, aber auch ehrliche Kommunisten wie N. Ryschkow und J. Ligatschow, die bis zuletzt aber nicht wirklich begriffen, welche strategischen Linien des Imperialismus mit aller Konsequenz durchgesetzt wurden.

M. Gorbatschow verstand es fast bis zu seinem schmachvollen politischen Bankrott, seine wahre Gesinnung zu verbergen. Die Sowjetunion wurde also aus der Spitze von Partei und Staat, aus dem allerinnersten Führungszirkel heraus zuerst desorientiert und schließlich ausgehebelt. Dem politischen Betrüger

folgte ein alkoholkranker Spitzenfunktionär aus derselben Führungselite.

Nach der gewaltsamen Liquidierung des Obersten Sowjet folgte auf die siegreiche Konterrevolution eine erste Restaurationphase mit einer besonders abscheulichen Variante des Kapitalismus unter B. Jelzin. ‘

Sie hinterließ eine zerfallene Ökonomie, einen zerrütteten Staats- und Militärapparat, eine ideologisch völlig kopflose Arbeiterklasse mit der rasanten Verarmung breiter Teile der Werktätigen. Mit dieser Kapitalismus-Variante wäre das damalige Russland fast auf dem Komposthaufen der Geschichte gelandet; sie gefährdete schließlich die Existenz- und Profitbedingungen des gesamten Staates und der neuen kapitalistischen Oligarchie. Der Jelzin-Kapitalismus hatte das postsowjetische Russland zu einem „Dritte-Welt-Land“ gemacht, das über kurz oder lang von den imperialistischen Großmächten zerstückelt worden wäre. Ähnlich erging es bekanntlich den meisten früheren Kolonialstaaten des britischen Empire und des französischen Kolonialismus in Afrika.

Wir verfügen im Sekretariat nicht über den nötigen Einblick in die komplexen Herrschaftsstrukturen des damaligen postsowjetischen Russlands, um beurteilen zu können, auf Grund welcher internen Kämpfe und Kungeleien das „Putin-System“ errichtet wurde, das schließlich das allergrößte Chaos und den Zerfall der russischen Staatlichkeit aufhielt.

Es lohnt sich jedoch, noch einmal auf das im Neuen Impulse Verlag 2001 erschienene Buch von Jelena und Alexander Charlamenko „Revolution und Konterrevolution in Russland“ zu verweisen. Die beiden kommunistischen Autoren haben m.E. Recht, wenn sie die Ausgangsbedingung für die Putin-Ära so beschreiben:

„Die Ereignisse 1999-2000 markieren den Eintritt Russlands in eine neue Etappe. Die Aufgaben der Konterrevolution waren im Großen und Ganzen erledigt. Eine neue herrschende Klasse hatte sich herausgebildet. Sie war daran interessiert, von der Zerstörung der sozialistischen Gesellschaft zu einer zielgerichteten Gestaltung der kapitalistischen Verhältnisse überzugehen, vor allem in der Sphäre der Produktion. Das aber ist schon keine Aufgabe der Konterrevolution mehr, sondern der auf sie folgenden Reaktion. Sie lässt sich auf zwei Wegen lösen: entweder auf dem Weg der Konsolidierung der herrschenden Klasse, der Festigung des kapitalistischen Staates oder auf dem Weg des Übergangs der wichtigsten Produktionsmittel aus den Händen der russischen Oligarchie unmittelbar in die der transnationalen Konzerne, einer Aufspaltung Russ-

lands von der Art, wie es bereits mit der UdSSR und Jugoslawien geschehen war, und der Einbeziehung der Bruchstücke als Rohstoffanhängsel in dieses System.“

Neue Etappe der Restauration

Aus Sicht der Masse der russischen Bevölkerung führte das Putin-Regime zu einer Stabilisierung in der Versorgung und in der Rekonstruktion der wichtigsten Funktionen der post-sozialistischen Staatlichkeit. Gewiss hat dabei der Appell zur Besinnung auf die frühere Größe und die Stärke der UdSSR und die Wiederbelebung gewisser äußerer Traditionen und Symbole vor allem aus der Zeit des Sieges über den deutschen Faschismus mit dazu beigetragen, dass eine neue Form von großrussischem Nationalbewusstsein entstand, in dem sich auch Überreste der sozialistischen Kultur- und Lebensweise wiederfinden lassen.

Vor allem gelang es den herrschenden Kräften in der neuen russischen Bourgeoisie und in der Funktionselite mit und unter Putin, eine Stabilisierung der Zentralmacht zu erreichen und den Zerfall der Staatlichkeit zu stoppen. J & A Charlamenko würdigen dies und verweisen auf die damit verbundenen progressiven Möglichkeiten: „Diese Versuche zur Stabilisierung der Zentralmacht könnte man als mehr oder weniger progressiv ansehen, wenn die Zentralmacht nicht gleichzeitig den Regionen eine Wirtschafts- und Sozialpolitik aufzwingen würde, die das Land noch mehr zerstört als jeglicher Separatismus. ...

Folglich bedeutet der Übergang von der Konterrevolution zur Reaktion nicht das Ende der *Restauration*: Im Gegenteil, erst jetzt konnte sich die herrschende Klasse den Angriff auf die grundlegenden sozialen Errungenschaften der Sowjetperiode erlauben, die das tagtägliche Leben von Millionen Menschen betreffen.“

Zugleich brauchten die Herrschenden dafür eine ideologische Maskierung. „ Es blieb nur übrig, die Losungen der oppositionellen Nationalpatrioten zu übernehmen und sie im Namen des Regimes zu propagieren. Damit lassen sich gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: das Putin-Regime grenzt sich von dem verurteilten Jelzin-Regime ab und schafft sich die Möglichkeit, die Unterstützung eines bedeutenden Teils der Opposition zu erlangen.“

Dieser Kurs aus der Anfangszeit der Putin-Ära – vor allem seine exzellente Amalgamierung von großrussischem Nationalstolz mit einigen markanten Leistungen und Persönlichkeiten der Sowjetzeit zur ideologischen Abpufferung der sozialökonomischen Folgen der kapitalisti-

Putin und seine „Mannschaft“ wählten den ersten Weg, den Weg der Konsolidierung der neuen bürgerlichen Macht.

schen Restauration ist der markante Wesenszug dieses neuen kapitalistischen russischen Staates geblieben.

Die herrschende Elite um Putin hat inzwischen gelernt, dass die sozialen Belastungen und Opfer, die sie den Werktätigen damit aufluden, dosierter aufgebürdet werden mussten, wenn nicht das gesamte Projekt der kapitalistischen Restauration in Misskredit geraten sollte. Deshalb scheut sie auch nicht davor zurück, einzelnen mächtigen Oligarchen und Oligarchengruppen striktere Vorgaben zu machen, die sie im Sinne des großen Ganzen für ökonomisch und politisch als notwendig ansehen. Man könnte dies auch als weitere zweite Etappe innerhalb der Restaurationsphase bezeichnen.

Das ist aber kein Antikapitalismus und bedeutet auch keineswegs, dass sich die russische Führung gegen eine enge ökonomische Verzahnung mit der „westlichen“ Konkurrenz und mit ausländischen Investoren sperrt.

Ich möchte daran erinnern, dass auf Putins berühmte „Wutrede“ von 2005 auf der Münchener „Sicherheitskonferenz“, in der er das Verschwinden der UdSSR als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet hatte, eine deutlich staatsmännlichere Rede in 2007 folgte. Putin verwies darin auf die Leistungen seiner Regierung, den russischen Markt auch für ausländisches Kapital zu öffnen.

Wörtlich sagte er damals: „Wir sind offen für Zusammenarbeit. Ausländische Unternehmen beteiligen sich an unseren größten Projekten zur Energiegewinnung. Nach unterschiedlichen Einschätzungen entfallen bis zu 26 Prozent des in Russland geförderten Erdöls – merken Sie sich bitte diese Zahl! – auf ausländisches Kapital. Versuchen Sie bitte, mir ein Beispiel von einer ähnlich breiten Beteiligung russischer Unternehmen an Schlüsselbereichen der Wirtschaft westlicher Staaten zu nennen. Es gibt keine!

Ich erinnere auch an das Verhältnis von Investitionen, die nach Russland kommen, und jener, die aus Russland in andere Länder auf der Welt gehen. Dieses Verhältnis ist etwa 15:1. Hier haben Sie ein leuchtendes Beispiel für die Offenheit und Stabilität der russischen Wirtschaft.“

Die „Belohnung“ ließ auch nicht auf sich warten. Russland wurde in den Kreis der großen

imperialistischen Mächte, die G7, aufgenommen, die dann bis zum April 2014 und dem Ausschluss Russlands nach der Angliederung der Krim als G8 die Geschicke der Welt dominierten.

Im „Spiegel“ betonte vor 14 Tagen der Putin-Vertraute und Chef des größten russischen Staatskonzerns „Rosneft“ die fortbestehende Integration der russischen Industrie in den Weltmarkt und die besonders enge Zusammenarbeit mit dem US-amerikanischen Ölkonzern ExxonMobil nicht nur beim Bau der

größten Ölplattform der Welt in der russischen Arktis. Er erklärte auch, dass nach dem Verkauf von 12 Prozent der Rosneft-Aktien an den britischen BP-Ölkonzern der Staatsanteil weiter reduziert werde und ausländische Investoren noch stärker beteiligt würden. Allerdings würde der russische Staat das „Kontrollpaket“ behalten.

Das sei jedoch „ein Plus für die Minderheitsaktionäre“, weil nach russischem Gesetz Off-Shore-Bohrungen nur mit mehrheitlicher Staatsbeteiligung durchgeführt werden dürften.

Estatistische STAMOKAP-Variante und die Frage der „Äquidistanz“

Die Widersprüchlichkeit und Buntscheckigkeit der „estatistischen Variante“ des staatsmonopolistischen Kapitalismus im postsowjetischen Russland spiegelt sich auch in der Person Putins wider.

Dieser kann der Versammlung der wichtigen Verteidigungs- und Außenpolitiker des imperialistischen Westens auf der Wehrkundetagung ein trotziges Bekenntnis zu früherer Größe der UdSSR entgegensetzen, aber gleichzeitig aus Anlass der Einweihung eines Denkmals für die zaristische Armee zum 100. Jahrestag des 1. Weltkriegs eine neue Form der alten deutschen antisozialistischen Dolchstoßlegende vertreten.

Lenin und die Bolschewiki wurden im Prinzip zu Verrätern am russischen Staat erklärt, weil sie die Kriegswilligkeit der russischen Zivilbevölkerung untergraben hätten.

Putin konnte auch die alten Truppenfahnen der sozialistischen Roten Armee wieder einführen und die Melodie der sowjetischen Staatshymne wieder zur neuen russischen Hymne mit verändertem Text machen lassen. Das ist wahrscheinlich alles nicht nur Camouflage, da kann sogar ein beachtlicher Anteil persönlicher Ehrlichkeit drin stecken. Zumal wenn er die Leistungen der Sowjetarmee verteidigt.

Aus all dem lässt sich aber nicht ableiten, dass wir es bei der derzeitigen russischen Führung mit verkappten Sozialisten oder echten Antimperialisten zu tun haben.

Ich bin mit Willi Gerns und dessen Ausführungen zum sozioökonomischen Charakter Russlands in der UZ völlig einverstanden.

Russland ist nicht nur ein „kapitalistisches Land“. Es ist ein – wenngleich noch geschwächer – imperialistischer Staat, der auf Grund seiner Geschichte und seiner derzeitigen strategischen Orientierung zur Wiederherstellung und Sicherung der nationalen Souveränität und Eigenständigkeit Russlands in ei-

nem deutlichen Interessenkonflikt mit der NATO und dem US-Imperialismus steht.

Seine eigenen Machtambitionen kann er und will er vorrangig im ehemaligen Raum der UdSSR verwirklichen.

Wir können und dürfen natürlich untereinander darüber diskutieren, ob das heutige Russland ein gemäß den bekannten fünf Hauptkriterien des Imperialismus voll ausgebildetes imperialistisches Land ist. Darüber kann man verschiedener Meinung sein und auch noch bleiben, bis die weitere Entwicklung Russlands noch offene Fragen geklärt hat.

Ich persönlich denke – wie ein großer Teil der Partei –, dass auch in Russland das kapitalistische Monopol an den wichtigsten Produktionsmitteln das bestimmende Eigentumsverhältnis ist, auch wenn der Staatsanteil an vielen Betrieben und Banken erheblich ist.

Nehmen wir aber die sog. „Staatsquote“, d.h. den Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, der etwas über den generellen Einfluss des Staates auf das Volksvermögen ausdrückt, so lag dieser in Russland 2012 bei 37,49 Prozent.

In den EU-Staaten Dänemark lag er 2012 bei 58,35 Prozent, in Frankreich bei 56,5 Prozent, in Finnland bei 54,9 Prozent und in der BRD bei 45,01 Prozent.

(https://www.google.de/?gws_rd=ssl#q=russland%2C+staatsquote)

D.h. er lag in Russland deutlich niedriger als in diesen EU-Staaten. Es gibt auch eine bedeutende Rolle des privaten Bankkapitals an den russischen Großbanken. Betrachten wir das Verhältnis von Aktiva der drei größten russischen Banken und deren Verhältnis zu den Einlagen persönlicher Personen, so wird auch dieser Einfluss sehr deutlich.

Bank	Aktiva 2011 (Mrd. Rubel)	Privateinlagen (Mrd. Rubel)
1. OAO Sherbank Rossii	11.144,7	5.532,2
2. OAO GPB	2.481,1	253,5
3. ZAO VTB 24	1.255,4	823,1

(Eigene Zusammenstellung nach <http://de.ria.ru/infographiken/20120224/262744066.html>)

Eine andere Frage ist gewiss, ob der russische Kapitalexport eine höhere Bedeutung besitzt als der Kapitalexport; dies ist ja ein weiteres Merkmal für das imperialistische Stadium des Kapitalismus.

Der Anteil Russlands am Weltmarkt ist insgesamt niedrig. In 2011 machte er beim Warenimport 1,85 Prozent aus und beim Export 2,9 Prozent (Daten nach „Fischer Almanach 2014“). Der Rohstoffhandel spielt bei den Exporten gegenüber Fertigprodukten die dominierende Rolle.

Die „Foreign Direkt Investments“ – also die Auslandsinvestitionen machen deutlich, wie sehr Russland beim Kapitalexport noch hinter den USA hinterherhinkt.

Die Auslandsinvestitionen der USA betragen 2011 396.656 Mio Dollar, für Russland sind 67.283 Mio Dollar verzeichnet. Die Zahl für China lautet 65.115 Mio und für die BRD 54.368.

Das heißt, beim Kapitalexport schneidet Russland ähnlich ab wie China und liegt deutlich über der BRD.

Und in Bezug auf ausgeprägte Aggressivität bzw. starke Tendenzen zur Reaktion nach innen, so gibt es sowohl nach innen wie nach außen einen deutlich gesetzmäßigen Drang nach Dominanz und Unterdrückung von politischer Opposition. Wie in anderen imperialistischen Staaten gibt es starke reaktionäre, chauvinistische und auch faschistische Strömungen und Organisationen.

Aber Russland ist im Verhältnis zur früheren Stärke der sozialistischen UdSSR und im Vergleich zu den älteren imperialistischen Hauptmächten ein schwächerer, noch nicht so hoch

Die Bedeutung von Imperialismus-Varianten

In der Sowjetunion hat eine Konterrevolution mit einer anschließenden Restauration des Kapitalismus stattgefunden. Aus den Trüm-

entwickelter Imperialismus wie z.B. in den USA oder auch in der BRD.

Als Teil des neuen, auf eine multipolare Weltordnung setzenden Verbunds der BRICS-Staaten stellt Russland auch ein wichtiges Gegenwicht in Europa gegen die Expansionsbestrebungen der großen imperialistischen Staaten und ihres Militärpaktes, der NATO, dar. Aus diesem Grund verhalten sich die USA gegenüber der russischen Führung ganz im Sinne der alten antisowjetischen strategischen Orientierung. Für sie stellt das Putin-System ganz offenkundig nur ein „Übergangsregime“ dar, das sich noch nicht ganz den Ambitionen und Werten des „freien Westens“ untergeordnet hat.

In diesem Zusammenhang und unter Berücksichtigung der von mir skizzierten historischen Zusammenhänge ist es unseres Erachtens erstens völlig richtig, jede Gleichsetzung zwischen Russland und den USA bzw. den anderen imperialistischen Großmächten zurückzuweisen.

Eine Position der sog. „Äquidistanz“, die den Unterschied zwischen den aggressiven Einkreisungsplänen der USA und der NATO mit dem berechtigten Widerstand Russlands gegen den Vormarsch der NATO gleichsetzt, kann für uns absolut nicht in Frage kommen.

Ich sage deshalb auch ganz ausdrücklich, dass der auf der Homepage der „Marxistischen Linke“ abgedruckte Beitrag eines ukrainischen Liedermachers mit dem Titel „Dies ist nicht unser Krieg, doch es kämpfen in ihm – auf beiden Seiten – unsere Menschen“ keine Position der DKP ist und auch nicht werden wird.

Dessen Gleichsetzung von NATO und Russland trägt zur Verharmlosung der aggressiven Pläne des Imperialismus bei und leistet den Plänen der gesamten antirussischen Demagogie der bürgerlichen Medien Vorschub.

Die DKP kann aber zweitens – gerade, weil sie sich in ihrer antimilitaristischen Positionierung ganz bewusst auch von einer klassenmäßigen, auf der marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie und Leninschen Bündnispolitik basierenden Strategie und Taktik leiten lässt – das postsowjetische Russland und die derzeitige russische Führungsschicht nicht einfach als eine Art „natürlichen Bündnispartner“ oder als eine „genuine Friedensmacht“ ansehen.

mern der zerschlagenen UdSSR hat sich neben anderen kapitalistischen Staaten als größtes „Relikt“ das neue, von einer konterrevoluti-

onären, oligarchisch strukturierten neuen Bourgeoisie gesteuerte Russland entwickelt. Der russische Kapitalismus ist gemäß den Kriterien der Leninschen Imperialismustheorie ein staatsmonopolistischer Kapitalismus mit einer stark ausgeprägten „etatistischen“ Variante.

Wie auch zu Zeiten des „Großen Vaterländischen Krieges“ müssen wir Kommunisten sehr wohl unterscheiden zwischen den verschiedenen Varianten des Imperialismus. So wie damals einerseits zwischen den „demokratischen kapitalistischen Staaten“ – mit denen die Anti-Hitler-Koalition geschlossen werden konnte, obwohl sie natürlich imperialistische Länder waren – und den – ebenfalls imperialistischen – „faschistischen Aggressor-Staaten“ unterschieden werden musste, so muss auch heute der Unterschied zwischen den aggressiven Hauptmächten des imperialistischen Militärblocks NATO und dem postsowjetischen Russland unterschieden werden.

Es gibt besonders räuberische Imperialismen wie den US-amerikanischen, der im Gefolge des I. Weltkrieges die damaligen imperialistischen Führungsmächte England, Frankreich und Deutschland überholte und nach dem II. Weltkrieg zur unangefochtenen Führungsmacht des imperialistischen Lagers wurde.

Und es gibt weniger mächtige, sich im Niedergang oder in einer vorübergehenden Schwächephase befindliche Imperialismen.

Nach wie vor bildet der US-Imperialismus militärisch wie ökonomisch das Hauptkraftzentrum des Imperialismus. Die USA bleiben vor allem die unangefochtene militärische Weltmacht Nr. 1. Sie allein verfügen über die Potenz, gleichzeitig an mehreren Punkten der Welt Kriege zu führen. Nur sie verfügen über die entsprechenden Transportmöglichkeiten und die entsprechende logistische Ausstattung mit Personal und modernstem Kriegsmaterial.

Ihre Militärausgaben liegen bei 4 Prozent des Bruttosozialproduktes, das ist doppelt so viel wie die für die anderen NATO Staaten verabschiedeten 2 Prozent. Wie Kagan schreibt, wären die USA auch heute bereit und in der Lage, ihren Anteil wie zu Ende des vorigen Jahrhunderts auch wieder auf 8 Prozent zu steigern. Für die BRD liegt der Anteil der Rüstungsausgaben derzeit bei 1,3 Prozent des BSP.

Die Militärausgaben belaufen sich aktuell allein in den USA auf 434 Mrd. Dollar. Die Ausgaben der NATO summierten sich 2013 insgesamt auf die horrende Summe von 1,023 Billionen US-Dollar auf.

Im Vergleich dazu betragen die russischen Militärausgaben – nach westlichen Angaben – nur rund 88 Mrd.

So sehen die wahren Kräfteverhältnisse zwischen der NATO und Russland aus. Man kann also mit Fug und Recht fragen, von wem die strukturelle militärische Bedrohung denn wohl ausgeht.

Haben russische Truppen einen der mittel-amerikanischen Nachbarstaaten der USA zerbombt und unregierbar gemacht, wie die USA den Irak? Stehen russische Soldaten im Nachbarstaat Mexiko wie US-Soldaten im Baltikum? Kreuzen russische Kriegsschiffe in Sichtweite der US-amerikanischen Küstengewässer so wie US-Kampfschiffe im Schwarzen Meer? Führen russische Marineeinheiten Manöver im Golf von Texas durch, so wie es umgekehrt die US-Marines an der Grenze zu den russischen Territorialgewässern tun? Fliegen russische Bomber Patrouillenflüge entlang der Grenze zwischen Kanada und den USA?

Und wer verstößt gegen das Sicherheits- und Partnerschaftsabkommen zwischen NATO und Russland aus dem Jahre 1997? Wer ist verantwortlich dafür, dass entgegen aller vertraglichen Vereinbarungen die NATO sich bis an die Grenzen der Russischen Föderation ausgedehnt hat? 1999 die Beitritte Polens, Tschechiens und Ungarns. 2004 die Beitritte von Bulgarien, Estland, Lettland, Rumänien, der Slowakei und Slowenien, 2009 von Albanien und Kroatien.

Wer investierte in den letzten Jahren fünf Milliarden Dollar, um in der Ukraine ein „regime chance“ zu bewerkstelligen? Wer empörte sich mit „fuck the EU“, weil sich diese mit ihren eigenen Interessen und anderen Ambitionen nach dem Geschmack dieser Großmacht zu sehr in die Ukraine eingemischt hatte? Wer sorgte dafür, dass der berechtigte Protest gegen die Regierung des Oligarchen Janukowitsch von Nationalisten und Faschisten umgemünzt wurde in die Errichtung einer Putsch-Regierung, an deren Schaltstellen die übelsten Nationalisten und offene Faschisten sitzen?

Wie kann man dann auf „kommunisten.de“ den schon erwähnten Diskussionsbeitrag des angeblich „linken“ ukrainischen Liedermachers Kirill Medvedev begrüßen, der mit dem Satz endet „Unser Feind sitzt im Krell!“? Wo ist da der Unterschied zu der üblen russophoben Kampagne der deutschen Medien von Springers „BILD“ und „WELT“ über den „Spiegel“ bis zur ARD?

Die „hybride“ Kampfführung des Imperialismus

Wir haben als DKP Parteivorstand und als Sekretariat frühzeitig darauf hingewiesen, dass die ursprünglich berechtigten sozialen und politischen Proteste auf dem Maidan sehr früh umgeschlagen und missbraucht worden sind von den aus den USA finanzierten Stoßtrupps der ukrainischen Faschisten. Aus Anlass des NATO-Gipfels konnten wir erfahren, dass das Umschlagen der damaligen Proteste in Kiew nach dem gleichen Schema durchgezogen wurde wie in anderen Fällen von sogenannten „samtenen“, „orangen“ oder von „frühlingshaften“ Revolutionen, an deren Ende dann die Etablierung von Regimes steht, die dem US-Imperialismus genehmer sind als deren Vorgänger.

Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ zitiert in ihrer jüngsten Ausgabe aus einer Rede des russischen Generalstabschefs Walerij Gerassimow vor der Jahresversammlung der Russischen Akademie für Militärwissenschaft, in der dieser eine neue Form der Kriegsführung des US-Imperialismus und der NATO analysierte.

Er kam zu dem Schluss, dass sich im 21. Jahrhundert die Grenzen zwischen Krieg und Frieden auflösen. Kriege würden nicht mehr erklärt, und sie verliefen nach einem „ungeübten Muster“. Es zeige sich, dass ein „blühender Staat in wenigen Monaten oder sogar Tagen in eine Arena für erbitterte bewaffnete Auseinandersetzungen verwandelt werden kann, dass er Opfer einer ausländischen Intervention werden kann und in Chaos, einer humanitären Notlage und Bürgerkrieg versinkt“. (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 07.09.2014, S. 1)

Das Beispiel der verschiedenen „Farbenrevolutionen“ in Nordafrika und im Nahen Osten nahm der Generalstabschef zum Anlass für die folgenden Bemerkungen.

„Die Regeln des Krieges haben sich verändert.“ Politische Ziele seien nicht mehr allein mit konventioneller Feuerkraft zu erreichen, sondern durch den „breit gestreuten Einsatz

von Desinformationen, von politischen, ökonomischen, humanitären und anderen nichtmilitärischen Maßnahmen, die in Verbindung mit dem Protestpotential der Bevölkerung zum Einsatz kommen.“

Diese von Gerassimow untersuchte neue Methode der Kriegsplanung und -führung der imperialistischen Länder wird von der NATO als „hybride Kriegsführung“ bezeichnet. Der russische Begriff lautet „nichtlineare Kriegsführung“.

Angeblich plädierte der Generalstabschef dafür, von dieser erfolgreichen Strategie der imperialistischen Staaten zu lernen, weil es die Aufgabe der Militärs sei, „von Siegern Siege zu lernen“.

Vor diesem Hintergrund ist umso mehr zu fragen:

Wer ist der Hauptdrahtzieher der antirussischen Pogrome in der Ost-Ukraine? Wer trägt Mitschuld am Massaker im Gewerkschaftshaus von Odessa? Wer erlaubt den aus allen möglichen Staaten anreisenden Söldnergruppen die Bombardierung ziviler Ziele von Krankenhäusern und Schulen in der Ostukraine? An wessen Bataillonsfahnen wehen stilisierte Hakenkreuze? Wer führt die Kampfnamen – z.B. den Namen „Roland“ – in Erinnerung an einen berüchtigten ukrainischen Faschistenführer, der während der Okkupation gemeinsam mit den Hitlertruppen gegen die Rote Armee kämpfte.

Der Hauptkriegstreiber Nr. 1 ist der US-Imperialismus. An seiner Seite die NATO. Er kann dies, weil er auch ökonomisch innerhalb des imperialistischen Lagers nach wie vor die Nr. 1 ist. Unter den 10 größten Konzernen der Welt – gemessen am Börsenwert – befinden sich acht US-Konzerne. Die Ausnahmen bilden Royal Dutch/Shell (Niederlande/Großbritannien/Niederlande) auf Platz acht und der Pharma-Konzern Roche Holding (Schweiz) auf Platz 10. Niemand anders verfügt über diese ökonomische und militärische Potenz.

„Nation Building“ und messianischer Hegemonieanspruch des US-Imperialismus

Das Internet-Forum „german-foreign-policy.com“ berichtete bereits Anfang September 2006 über – nur auf den ersten Blick total unreal erscheinende – Planspiele amerikanischer Armeekreise. In der Juni-Ausgabe des „Armed Forces Journal“ (AFJ), einer Zeitschrift der „Army Times Publishing Company“, empfahl ein pensionierter US-Militär namens Ralph Peters eine „ethnische Neuordnung“ fast sämt-

licher Staaten des Nahen und Mittleren Ostens.

Der Titel seines Aufsatzes hieß „Redrawing the Middle East Map“ (Die Karte des Mittleren Ostens neu zeichnen).

Die Türkei, Syrien, der Libanon, Saudi-Arabien, Irak, Iran und Pakistan sollten danach zu teilweise riesigen Gebietsabtretungen ge-

zwungen werden. Durch Umstrukturierung und Auflösung der bisherigen Staatenverbände sollten im Nahen Osten neue Staaten und Völkerrechtssubjekte entstehen, gebildet nach Stammes- und Religionszugehörigkeit.

Unter dem Namen „Freies Kurdistan“ müsse auf dem Boden der heutigen Osttürkei und des Nordirak ein Staat von der dreifachen Größe Syriens entstehen. Der restliche Irak würde geteilt, die Hauptstadt Bagdad zerschlagen. Der Iran verlöre weite Teile seiner Küstengebiete sowie die an Pakistan grenzenden Gebiete, wo ein Staat mit dem Namen „Freies Baluchistan“ gegründet werden müsste.

Die Ölfelder an der südwestlichen Küste des heutigen Saudi-Arabien würden abgetrennt und dem Jemen übereignet werden. Aber nicht nur der saudische Besitz über die Erdölreserven müsste gebrochen werden. Auch der religiöse Einfluss der Saudis über die heiligen Stätten des Islam solle beendet werden. Mekka und Medina sollten zu Hauptstädten eines muslimischen „Gottesstaates“ werden, der weniger korrupt und deshalb weniger instabil als das heutige feudale Saudi-Arabien sein müsste. Dieser Gottesstaat würde an die Südgrenzen Jordaniens stoßen. Das neue „Groß-Jordanien“ hätte den doppelten Umfang wie das bisherige Haschemiten-Königreich Jordanien.

Diese „Ethno-Neuordnung“ wurde auf mehreren Landkarten festgehalten, die der französische Historiker Dr. Pierre Hillard damals veröffentlichte.

So verrückt diese Planungen damals auch anmuteten, darin steckte offenbar mehr als nur ein irrationaler Kern. Die dauerhafte Besetzung, die territoriale wie auch die ethnische Umgestaltung von „failed states“ (gescheiterten Staaten), diese durchweg neokolonialistische Konzeption, wird längst nicht mehr nur in irgendwelchen Memoranden (neo-)konservativer Think-tanks oder von einzelnen Militärexperten propagiert. Sie ist mittlerweile offizielle Politik Washingtons geworden. (Vergl. J. Wagner: Demokratischer Imperialismus. US-Geopolitik zur Rekolonialisierung der Welt. In „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Heft 9/2006, S. 1097- 1103)

Stellvertretend für diese Strategie steht die folgende Aussage von Stephen Krasner, damaliger Leiter der Politischen Planungsabteilung im US-Außenministerium: „Das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten funktioniert nicht mehr. [...] Mächtige Staaten können das Phänomen prekärer Staaten nicht ignorieren, denn deren Sicherheits- und wirtschaftliche Interessen sind durch diese Staaten gefährdet. Die beste Lösung ist [des-

halb] die Einrichtung einer De-facto-Treuhanderschaft oder eines Protektorats. ... Das ultimative Ziel der amerikanischen Außenpolitik ist es, unsere Macht, allein, falls nötig – dafür zu nutzen, Demokratien mit freier Marktwirtschaft auf dem ganzen Globus auszudehnen. Dies ist der einzige Weg, wie die Vereinigten Staaten den langfristigen Ursachen des Terrorismus begegnen können.“ (Stephen D. Krasner, Alternativen zur Souveränität, in: „Internationale Politik“, S. 44-53. Zit. nach J. Wagner, a.a.O., S. 1098)

Die in den letzten Wochen häufig zitierte resignativ klingende Bemerkung von B. Obama, seine Regierung bzw. er selbst verfüge über keine wirkliche Strategie im Umgang mit den besonders brutalen Banden der fundamentalistischen IS, ist keinen Cent wert. Es gibt diese Planungen längst und die IS ist offenbar ursprünglich ein Teil davon gewesen. Der verrückt anmutende Plan des neuen Kalifenstaats, unabhängig von allen Grenzen, die die Kolonialmächte nach dem 1. Weltkrieg auf ihren Landkarten mit Lineal und Bleistift gezogen hatten, ist gar keine IS-Erfindung.

Obama braucht gar keine neue Strategie auszubrüten, die alte ist gültig, wird längst realisiert. Der Gottesstaat von IS, das ist der Plan von Teilen des Pentagon selbst. Was wahrscheinlich aber nicht eingeplant war – und nur dagegen richten sich jetzt die erhöhten Anstrengungen der Obama Administration – ist, dass die IS im Überschwang der Erfolge nun jegliches Maß an notwendiger „zivilisatorischer Normalität“ fallen lässt.

Die Waffenlieferungen an die irakisch-kurdischen „Peschmerga“-Truppen des Clan-Führers Barsani sind Lieferungen an ein bislang noch nicht international anerkanntes, mit den USA eng verbündetes Staatsgebilde, das ganz im Sinne der Zerlegung der größeren Staaten im Mittleren Osten funktioniert. Das soll nach dem Willen des US-Imperialismus auch die Perspektive Syriens sein, des einzigen dort noch existierenden laizistischen Staates, der sich zudem dagegen sträubt, ein Vassall der USA zu werden.

Die angekündigten Waffenlieferungen an die „moderate islamische Opposition“ und die Bombardierung syrischen Territoriums ist die Fortsetzung der seit vier Jahren anhaltenden Aggression gegen Syrien. Das hat nichts mit der Verteidigung von Menschenrechten und Religionsfreiheit zu tun.

Syrien droht die traurige Realität Libyens nach dem Sturz von M. Ghadaffi.

Wir fordern deshalb:

„Hände weg von Syrien. Stopp aller Waffenlieferungen an die Hilfstruppen des Imperialismus in Syrien, sei es im religiösen oder im bürgerlich-nationalistischen Gewand.“

Frieden im Mittleren und Nahen Osten wird nur möglich durch die solidarische Unterstützung wahrer antiimperialistischer Bewegungen und Organisationen, die die nationale Frage mit der sozialen Frage verbinden und die nicht einfach

nur einen missliebigen Herrscher gegen einen anderen Feudalherren oder eine andere Clique ersetzen wollen, die dann als Kommis des Imperialismus und Neo-Kolonialismus fungieren.

Deshalb hat auch die DKP neue Waffenlieferungen der BRD in den Irak und an die Peschmerga abgelehnt. Wir sind solidarisch mit den KPen Irak, der PKK, der KP Syriens, der KP Israels und palästinensischen Organisationen wie der DFLP, die ihren Kampf im Sinne des Antiimperialismus führen.

EU, deutscher Imperialismus und der „Tabubruch“

Ähnlich wie in den USA wird auch innerhalb der politischen und militärischen Führungen der westeuropäischen imperialistischen Staaten die „demokratische“ Neuordnung der „Dritten Welt“ mit Hilfe sog. „Neuer Kriege“ diskutiert und geplant. Die „Neuen Kriege“ ersetzen nach Meinung der britischen Politologin Mary Kaldor die ideologisch-politischen Auseinandersetzungen vergangener Zeiten.

Der „Import von Staatlichkeit“ und damit die Herstellung von „Frieden“ sei nur durch den Export westlicher Ordnungsvorstellungen zu gewährleisten: „Die Analyse der neuen Kriege legt ... nahe, dass nicht Friedenssicherung, sondern die Durchsetzung kosmopolitischer Normen erforderlich ist, also die Durchsetzung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte.“ ((Mary Kaldor, Neue und alte Kriege: organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt am Main 2000, S. 197)

Damit aber wird das alte imperiale „ius ad bellum“ (Recht auf Krieg, inklusive eines Angriffskriegs), **einzelner Staaten oder Staa-**

tengruppen, das nach den Erfahrungen der beiden mörderischen Weltkriege durch eine von der UNO geschaffene neue Völkerrechtsordnung und durch ein „normatives Modell eines globalen internationalen Staatensystems“ ersetzt worden war, wieder neu belebt. Die UNO-Vollversammlung hatte im Dezember 1978 (bei Stimmenthaltungen der USA und Israels) die „Deklaration über die Vorbereitung der Völker auf ein Leben in Frieden“, im Dezember 1981 die „Deklaration über die Unzulässigkeit der Intervention und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten“ und schließlich im Dezember 1984 die „Deklaration über das Recht der Völker auf Frieden“ (gegen die Stimmen aller NATO-Staaten) beschlossen.

All diese UNO-Beschlüsse werden durch die Beschlüsse einzelner imperialistischer Mächte – wie auch jetzt durch den Beschluss Obamas über die Bombardierung Syriens oder Mächtegruppierungen liquidiert und der Krieg wird wieder wie in den Jahrhunderten davor zum beliebig einsetzbaren Mittel staatlicher Gewaltpolitik.

Innerimperialistische Konkurrenz: die Ambitionen des deutschen Imperialismus

Die in diesem Referat ausführlich analysierte Führungsrolle des US-Imperialismus ist keine absolute und sie wird auch nicht von den anderen starken imperialistischen Mächten unwidersprochen und ohne Versuche, eigene geostrategische Interessen geltend zu machen, hingenommen. Insbesondere der deutsche Imperialismus und die Regierung der Großen Koalition formulieren viel stärker ihre Eigen- und Sonderinteressen als ihre letzten Vorgängerregierungen.

Nachdem im Februar Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und Kriegsministerin von der Leyen mit ihren vehementen Ankündigungen einer „aktiveren Außenpolitik“ die ersten Fanfarenstöße einer „neuen Zeit“ geostrategischen Handelns angekündigt hatten, zeigt

sich in den letzten Monaten sehr deutlich, dass dies keine vereinzelt Äußerungen waren.

Dafür stehen besonders zwei Reden von Außenminister Steinmeier aus den vergangenen Wochen. Die eine ist sein Vortrag auf der Konferenz der deutschen Botschafter vom 25.08.14 in Berlin und die andere seine Rede auf der Tagung der EU-Botschafter in Paris. Steinmeier vertiefte in der ersten Rede seine von Jahresbeginn stammende generelle Aussage zur Notwendigkeit einer neuen Außenpolitik. Ich gehe etwas mehr darauf ein:

Steinmeier sagte zu Beginn: „Sie kennen meine These, die seit meinem Amtsantritt im Raum steht: Deutschland muss mehr außenpolitische Verantwortung wagen!“ Das sei eine „existenzielle Notwendigkeit!“. Doch Stein-

meier weiß, dass dies berechtigte Sorgen und Ängste in der Bevölkerung hervorgerufen hat. Es sei „schade, dass den Diskussionen über Deutschlands Verantwortung in der Welt gelegentlich etwas Panisches anhaftet. Eine Umfrage der Körber-Stiftung im Auftrag des Auswärtigen Amtes hat kürzlich ergeben: Rund 30 Prozent der Deutschen sind offen dafür, dass

unser Land mehr Verantwortung übernimmt; 70 Prozent sehen das skeptisch oder sehr skeptisch. Hier tut sich eine eklatante Lücke auf – zwischen Bereitschaft und Erwartungen, die von außen an uns herangetragen werden. Das können wir nicht hinnehmen; diese Kluft müssen wir überbrücken.“

Russenangst schüren und eigene Aggressionsziele verschleiern

Es geht also im Folgenden um nichts weniger als eine regelrechte Gehirnwäsche der Bevölkerung, die Steinmeier im Sinne hat. Dazu muss und soll ein altes Feindbild aufpoliert und in den grellsten Farben neu aufgelegt werden: „der Russe“. Doch wer vertragliche Zusagen z.B. über die Nichtausweitung des NATO-Territoriums an die russische Westgrenze bricht, muss sich doch nicht wundern, dass der so Herausgeforderte und potentiell Bedrohte reagieren **muss!**

Ebenso einäugig ist die Sichtweise Steinmeiers auf den Nahen und Mittleren Osten. „Im Nord-Irak kämpfen die kurdischen Truppen gegen den ISIS-Terror – als letzte Bastion haarscharf vor den Außengrenzen der NATO und Europas.“

Die Freiheit der Deutschen wird also künftig nicht mehr nur „am Hindukusch“ verteidigt“, sondern auch an Euphrat und Tigris und in den kurdischen Bergen.

Auch hier ist zu fragen: Woher stammt die ISIS-Truppe, wer hat ihr die Waffen geliefert, um Syrien, das einzige noch laizistisch geprägte Land des Nahen Ostens, zu zerschlagen? Wer hat das Chaos in Irak, in Libyen und Syrien, mit der Aufhetzung der verschiedenen Ethnien und Religionsgruppen und der Zerstörung der zentralen staatlichen Strukturen verursacht? Der KGB/FSB, die russische Armee oder die CIA und die US-Army?

Doch an einem Punkt seiner Rede hat Steinmeier sogar Recht: „Wer vor 25 Jahren, nach dem Mauerfall, glaubte, jetzt beginne der unaufhaltsame Siegeszug der liberalen Demokratie – manche fantasierten von „Ende der Geschichte“ – der irrte offenbar gewaltig.“

Richtig ist: die alte bipolare Ordnung der Welt ist versunken. Aber eine neue Ordnung hat die Welt nicht gefunden. ... Fragilität, Staaten am Rande des Scheiterns sind ein Phänomen nicht nur im Mittleren Osten, im Raum zwischen Syrien und Irak, der in Gewalt zu versinken droht, sondern eine weitverbreitete Gefahr auch in Afrika – und damit eine Brutstätte der Krisen von morgen.“ Steinmeier beherrscht die Kunst der wohlklingenden Phrase sehr gut. Man muss dreimal lesen, was er zur

Begründung der neuen aggressiven Weltmachtrolle des BRD-Imperialismus angibt.

„Seit der Wiedervereinigung haben wir gelernt, dass wir international als Träger gleicher Rechte, aber eben auch gleicher Pflichten begriffen werden. Der Balkan-Konflikt der 90er Jahre, Afghanistan und Irak waren Etappen dieses Lernprozesses. Die deutsche Entscheidung zum Irakkrieg hat dabei gezeigt, dass wir auch Nein sagen können. Aber eines ist über die Jahre immer deutlicher geworden. Sich einfach raushalten aus dem ‚Wüten der Welt‘, das funktioniert eben nicht mehr.“

Dazu formulierte er „vier Thesen“.

Erstens: Steinmeier forderte von den Diplomaten mehr praktische „Handlungsoptionen“. „Trotz aller Gefahren für Frieden, Demokratie und Staatlichkeit sind wir gut beraten, nicht einfach nur den Niedergang der Welt zu beklagen und unsere westlichen Werte zu predigen. Sondern wir sollten die Ärmel hochkrempeln. Denn wir Diplomaten sind keine Missionare, wir sind Handwerker!“

Zweitens: Der Wettbewerb der Systeme sei im vollen Gange, und es machten sich „neue, selbstbewusste Player auf, deren politische Verfassungen regelmäßig nicht dem Westminster-Ideal einer europäischen Demokratie entsprechen. ... (Die) westliche Demokratie hat ihnen allen etwas voraus: die Fähigkeit, sich selbst in Frage zu stellen und zu erneuern.“

Daraus folge u.a. die Frage:

„- Was kann Deutschland leisten und was nicht?

- Wie können wir schneller auf Krisen reagieren?

- Und wie können wir effektive Mittel ergreifen, um Krisen dort vorzubeugen, wo Staatlichkeit zu scheitern droht?“

Die dritte These: „Wer Probleme lösen will, muss Widersprüche aushalten.“

Dieser scheinbar platte Satz begründet im Prinzip jeden Bruch mit bisherigen „Tabus“. Steinmeier dazu: „Natürlich folgen wir unseren außenpolitischen Grundsätzen. Aber wo Grundsätze miteinander in Konflikt geraten

und die Realität uns vor schwierige Optionen stellt, da besteht Außenpolitik in Abwägung. Der Fall Nordirak stelle die deutsche Politik vor solche Abwägungen. ... Die Kurden sind in der Region das wichtigste Bollwerk gegen die Mörderbanden von ISIS.“

Der vierte Punkt sei eine „Grundbedingung“ für all das, was er über „aktive Diplomatie“ bis hierher gesagt habe: „Aktive deutsche Außenpolitik gibt es nur in und durch Europa!

Die BRD als Kapitän Europas

In seiner Rede auf der EU-Botschafterkonferenz am 29.08. betonte Steinmeier in weiteren „sechs Thesen“, dass die Zukunft der gesamten EU vom Schulterchluss zwischen Frankreich und von Deutschland abhinge.

„Erste These: *Wie wir auf diese Krisen antworten, wird Europa auf Jahre prägen. ...*

Meine Prognose lautet: Wenn wir beieinander bleiben und klug handeln, dann werden Historiker eines Tages zurückblicken und sagen: Diese außenpolitischen Krisen waren ein Integrationsschub für die europäische Außenpolitik, so wie es die Finanz- und Währungskrise für Europas Wirtschaftspolitik war!“

Schon zu Beginn machte Steinmeier auf eine ungewöhnlich dreiste Art und Weise aber klar, dass er sich selbst dabei als Kapitän des „Schiffs Europa“ versteht. Seine zweite „These“ betont den Willen des deutschen Imperialismus die EU insgesamt zu einer „Gemeinsamkeit“ zu zwingen, die seinen spezifischen Interessen dienen soll.

„Zweite These: *Was europäische Außenpolitik auszeichnet, ist nicht völlige Interessengleichheit, sondern der unbedingte Wille, am Ende zusammenzustehen und gemeinsam zu handeln.*

Dieser Wille zur Gemeinsamkeit ist der Herzschlag der Europäischen Union. Frankreich und Deutschland haben ihn geprägt – trotz unterschiedlicher Interessen und trotz ihrer geschichtlichen Narben.

Der europäische Wille zur Gemeinsamkeit steht in der Ukraine-Krise auf einem ganz besonderen Prüfstand.

.... Europas Friedensordnung ist unsere höchste Errungenschaft seit den dunklen Epochen des 20. Jahrhunderts und wir werden sie gemeinsam verteidigen – mit Druckmitteln auf der einen und politischen Angeboten auf der anderen Seite, so wie wir es in engster deutsch-französischer Abstimmung im Europäischen Außenrat, im Weimarer Dreieck, in der Normandie-4er-Gruppe und in anderen Initiativen getan haben und weiterhin tun.“

Wer hingegen glaubt, dass Deutschland in dieser Welt auch nur ein einziges Problem alleine lösen kann, der unterliegt einer Täuschung! Wir können nur mit unseren Partnern und in unseren Bündnissen Gewicht haben.“

Daraus leitete Steinmeier auch eine konzentrierte gemeinsame Haltung der EU gegenüber Russland ab.

Die dritte These weist die BRD als einen entschiedenen künftigen Konkurrenten Frankreichs in Afrika aus.

Dritte These: *Europäische Außenpolitik heißt Arbeitsteilung. ... Diese Arbeitsteilung heißt nicht: jedem das seine, und jeder für sich!*

Nach dem Motto: Deutschland versteht Russland und Frankreich versteht Afrika, also kümmert sich Deutschland um den Osten und Frankreich um den Süden. So nicht! ... Wir haben darum ein gemeinsames, ein europäisches strategisches Interesse an Afrika und müssen dieses gemeinsam verfolgen – jeder mit seinem Ansatz und seinen Stärken.

Bei alledem sind die Unterschiede zwischen Deutschland, Frankreich und den anderen europäischen Partnern keine Schwäche, sondern im Gegenteil: wenn wir unsere spezifischen Fähigkeiten, Traditionen, Werkzeuge und Gesprächskanäle zum Tragen bringen, dann wird aus den Unterschieden eine Stärke. Dann wird aus Europäischer Außenpolitik mehr als die Summe vieler kleiner Teile.

Die vierte These macht deutlich, dass die BRD keine Alleingänge Großbritanniens mehr will.

„Vierte These:-

Europäische Außenpolitik braucht alle 28. In der populistisch aufgeheizten Diskussion wird viel zu leichtfertig gefragt: Kann es nicht ein Europa ohne Großbritannien geben?

Ich frage zurück: Kann es eine europäische Außenpolitik ohne Großbritannien geben? Ganz sicher nicht!

Großbritannien ist entscheidend für Europas nach wie vor wichtigstes Bündnis: das Bündnis über den Atlantik.“

Die fünfte These macht deutlich, dass Steinmeier unter dem „Review-Prozess“ innerhalb des deutschen Außenministeriums die weltweit forcierte Einmischung mit allen politischen und auch militärischen Methoden nach dem Vorbild der alten Kolonialmächte versteht.

„Fünfte These: Europäische Außenpolitik braucht den gesamten Instrumentenkasten der Diplomatie.

... Nutzen wir wirklich den ganzen Werkzeugkasten der Außenpolitik, von der langfristigen Stabilisierung von Volkswirtschaften und Rechtsstaaten bis hin zum akuten Krisenmanagement? Sind wir schnell genug? Setzen wir unsere Ressourcen optimal ein? Im sogenannten „Review“-Prozess, den ich innerhalb des Auswärtigen Amtes gestartet habe, schauen wir ganz bewusst über unseren deutschen Tellerrand hinaus und suchen Anregungen bei unseren Freunden und Partnern, um auf diese Fragen Antworten zu finden. Natürlich geht unser Blick dabei nach Frankreich. Denn seit langem versteht sich Frankreich meisterhaft auf das politische Räderwerk der Diplomatie, bilateral, im regionalen Kontext und global, wenn ich nur an die aktive Rolle Frankreichs bei den Vereinten Nationen denke.“

Mit der sechsten These fordert Steinmeier den inneren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Umbau der EU zu einer schneller und zentral koordinierter handelnden Macht.

„Für die sechste und letzte These will ich den Blick von außen nach innen wenden.

Den „Mentalitätswandel“ erzwingen

Es soll schon seit mindestens 10 Jahren ein grundlegender Mentalitätswandel herbei geschossen und herbei gebombt werden, der die nach 1945 in der deutschen Bevölkerung mehrheitlich verankerte Anti-Kriegsstimmung entscheidend schwächen soll.

Die Rede des frisch erkorenen Friedensnobelpreisträgers B. Obama mit dem Kernsatz „Die Mittel des Krieges spielen eine Rolle in der Erhaltung des Friedens“ war das gefundene Fressen für all diejenigen mächtigen Konzern- und Medienvertreter, die anlässlich des 20. Jahrestags des „Mauerfalls“ gar nicht laut genug für eine Fortsetzung der konterrevolutionären „Wende“ von 1989 die Trommeln rührten.

Obama habe endlich Schluss gemacht mit einem „naiven, aber unverantwortlichen Pazifismus“ und singe nicht mehr die „großen Lieder der Friedenssehnsucht“ aus den 60er- und 70er-Jahren.

„Obama hat – bis in die Wortwahl hinein nicht weit von seinem Amtsvorgänger George W.

Wenn wir Außenpolitiker mehr Europa in der Welt fordern, dann müssen wir diesen Anspruch auch nach Innen formulieren. Will sagen: Europa muss im Innern so beschaffen sein, dass es nach Außen handlungsfähig ist. Das heißt einerseits: Wir brauchen ein Höchstmaß an europäischer Koordinierung in all den großen Sachfragen, mit denen wir es auf internationaler Ebene zu tun haben: von Klima- und Energiepolitik bis zu Datenschutz und Regeln fürs Internet. Wenn wir nicht gemeinsame europäische Ansätze in diesen Fragen vorweisen können, kriegen wir es global schon gar nicht hin.“

Ich fasse zusammen:

Der lang ersehnte und herbei gebombte „Tabu-Bruch“ ist unter einem SPD-Außenminister und einem ehemaligen evangelischen Pfarrer und „Pazifisten“ aus der sog. „Friedenbewegung der DDR“ endgültig vollzogen worden. „Frieden schaffen ohne Waffen“ – das galt wohl nur den Waffen der Sowjetunion. 100 Jahre nach Karl Liebknecht sehen wir eine ähnliche brutale Entschlossenheit bei der Propagierung und Durchsetzung machtpolitischer und vor allem wirtschaftlicher Globalinteressen des BRD-Imperialismus:

Bush entfernt – ein Plädoyer für die Mission der freien Welt gehalten.“ („DIE WELT“ vom 11.12.09, S. 1)

Und nur wenige Tage nach der Obama-Rede schrieb Springers intellektuelles „Flaggschiff“ unter Berufung auf Obama: „ Aus dem Nationalsozialismus und der Tatsache, dass die deutsche Wehrmacht (nicht jeder Soldat) damals vielfach Verbrechen begangen hat, zog man in der Bundesrepublik eine im Grunde pazifistische Konsequenz: Nie wieder Krieg! ...Das geht nun nicht mehr. Wir können nicht mehr so tun, als sei die Bundeswehr in Afghanistan eine freundliche Polizei- und Helfertruppe. Wenn sie bleibt, muss sie die Perspektive des Krieges ins Auge fassen. Täte sie das, wäre das wohl der größte mentale Wandel im Selbstverständnis dieser Republik seit ihrem Bestehen.“ („DIE WELT“ vom 17.12.09)

Das was die WELT vor 5 Jahren forderte, wird nun besonders vom derzeitigen SPD-Außenminister mit viel Nachdruck realisiert.

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen:

Was folgt aus dieser Analyse der friedenspolitischen Lage für unsere Partei?

Die Frage von Krieg und Frieden, konkreter die Frage nach den Gründen für die „Rückkehr des Krieges in die Politik“ ist kein „philosophisches“ Problem, das sich mit Spekulationen über einen „düsteren Schatten“ beantworten lässt, der die „gesamte Menschheit von ihren Anfängen bis heute, gleich unter welchen Umständen, begleitet hat. Mit dem Rückgriff auf die angeblich existentielle Entfremdung des Menschen vom Menschen und dem „Kain- und Abel-Mythos“ oder mit evolutionsbiologischen Erklärungsansätzen versperren wir uns die wirkliche Erklärung. Die Ursachen für Aggression und Krieg sind gesellschaftlicher Natur und bedingt durch die Gesetzmäßigkeiten von Kapitalismus/Imperialismus.

Die Frage von Krieg und Frieden eignet sich nach den unübersehbaren Millionen Opfern zweier Weltkriege und weiterer imperialistischer Kriege absolut nicht für Phantastereien, wonach ein neuer großer Krieg womöglich irgend eine „progressive Nebenwirkung“ im Sinne der Politisierung hat.

Die DKP bewertet die Risiken und Gefahren, die sich durch das Vorrücken der NATO, des mächtigsten Militärpaktes der Geschichte, in den Sicherheitsbereich Russlands ergeben, als ein enormes Risiko für den Weltfrieden. Die Anmaßungen des US-Imperialismus, die Welt und auch den postsowjetischen Raum nach eigenen Vorstellungen geopolitisch und staatspolitisch neu gestalten zu können, erfordert den Widerstand aller friedliebenden Menschen.

Die „Neugründung“ von Staaten im Nahen Osten nach „ethnischen Gesichtspunkten“ muss als brandgefährlich für den Weltfrieden eingestuft werden.

Der Versuch, „Krieg als Mittel der Politik“ und die Rückkehr des Krieges auch auf den europäischen Kontinent als eine „Normalität“ akzeptabel erscheinen zu lassen, dient den Interessen der großen imperialistischen Mächte, die über 70 Jahre durch das reale Gegengewicht der UdSSR und der Staaten des sozialistischen Militärbündnisses, des „Warschauer Vertrages“, in dem für den Imperialismus gesetzmäßigen Streben nach Extraprofiten gebremst worden waren.

Der Einsatz und die Androhung militärischer Gewalt durch Brandstifterreden wie denen von Gauck, von der Leyen und Steinmeier sind nicht eine „Reaktion“ auf irgendeine äußere „Bedrohung“, sondern kühl geplante Provokationen im Rahmen eines politischen Gesamt-

konzeptes, den Einfluss des deutschen Imperialismus in Europa und den angrenzenden Regionen auszuweiten. Die Versuche der Regierung der „Großen Koalition“, über eine massive antirussische Propagandawelle Goebbels-ähnlichen Lügengeschichten einen „Mentalitätswandel“ in der deutschen Bevölkerung herbei zu schreiben, müssen wir mit den realen historischen Fakten und aktuellen Informationen entgegenwirken.

Was folgt daraus für unsere praktische Orientierung?

Die DKP sieht sich bestätigt und ermutigt durch die Aktionen zum diesjährigen Antikriegstag, die in über 180 Orten der BRD stattgefunden haben.

In diesem Jahr war der internationalistische Charakter der Antikriegs- und Friedensaktionen besonders stark ausgeprägt.

Deutsche und Ausländer demonstrierten gemeinsam gegen den Krieg gegen Gaza, gegen die Angriffe auf Syrien und deren legitime Regierung, gegen die Waffenlieferungen Deutschlands in Kriegsgebiete und gegen die aggressive Politik der NATO in Osteuropa und gegenüber Russland.

Viele Grundorganisationen der DKP haben die Materialien des PV, die Antikriegsinfos genutzt und waren am 1. September mit auf der Straße.

Dabei übersehen wir nicht, dass im Verhältnis zum gefährlichen Anwachsen der Kriegsgefahren besonders in Europa die Beteiligung Deutscher an nicht wenigen Orten geringer und schwächer ausfiel als die Beteiligung von Ausländer- und Immigrantensorganisationen.

Wir wollen weiter versuchen, die Grundorganisationen in dieser Form zu unterstützen. Anregungen und Kritik sind erwünscht.

In der bevorstehenden Periode sehen wir folgende Aufgaben vor uns.

1. Die DKP wird alle ihre Möglichkeiten mobilisieren, damit die aktuelle Konfrontation zwischen der NATO und Russland beendet wird und die Vereinbarungen über eine nichtkonfrontative Beziehung zwischen Russland und dem „Westen“ eingehalten werden. Zu diesem Zweck bereiten wir mit Freunden und Partnern aus antifaschistischen Organisationen und Zusammenhängen besonders den 8.5.2015 als den 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus vor.

2. Die DKP erklärt und organisiert weiter die Solidarität mit den Antifaschisten in der Ukraine, insbesondere mit der Kommunistischen Partei der Ukraine. Wir fordern „Hände weg von der KPU! Stopp aller Verbotsandrohungen gegen die KPU!“
3. Die DKP wird dabei einen Schwerpunkt auf die Stärkung der örtlichen Friedensinitiativen und ihrer regionalen und bundesweiten Vernetzung wie z.B. über den Kasseler Friedensratschlag und die Ostermarschbewegung legen. Sie wird sich mit ihren spezifischen Inhalten und Aktionsideen besonders für die Neubelebung von Friedensaktivitäten aus den Reihen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung engagieren und die Frage der Umstellung von Rüstungsproduktion auf Zivilproduktion thematisieren.
4. Die DKP ruft dazu auf, alle Waffenexporte in die diversen Kriegsgebiete sofort zu stoppen. Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr sind sofort zu beenden. Ausgehend von den zerstörerischen Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Verbund mit den Partnern des imperialistischen Militärpaktes NATO muss jetzt konkret der Kurs auf Austritt Deutschlands aus der NATO genommen werden.
5. Deutschland muss endlich die Lehre aus dem 20. Jahrhundert ziehen, dass Krieg

kein Mittel deutscher Politik mehr sein darf. Die DKP ruft dazu auf, mit allen publizistischen und politischen Mitteln gegen den von der Großen Koalition angestrebten „Mentalitätswechsel“ in der deutschen Bevölkerung anzuarbeiten, wonach Krieg wieder als Mittel einer deutschen Außenpolitik zu akzeptieren sei. Sie unterstützt alle Proteste gegen Werbeaktionen der Bundeswehr, die den Geist des Militarismus wieder an deutschen Schulen verbreiten wollen. Unsere Forderung heißt: „Bundeswehr raus aus den Schulen und auch raus aus Hochschulen und Universitäten.“ Entsprechende Initiativen der SDAJ und anderer Jugendverbände werden wir unterstützen.

Wir unterstützen als Partei in den nächsten Wochen und Monaten besonders solche Aktionen mit konkreter Stoßrichtung gegen die NATO. Dazu gehören:

- Anti-NATO-Proteste in Kalkar am 3. Oktober
- LLL-Wochenende
- Proteste gegen die Sicherheitskonferenz in München im Februar
- Die Ostermärsche 2015 incl. der Diskussion im Rahmen der Vier-Parteien-Gespräche über eine gemeinsame, grenzüberschreitende Aktion zu Ostern 2015

Zitate:

- 1.K. Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, in: Reden und Aufsätze in zwei Bänden, Frankfurt 1971, Bd. 1, S.75
2. Robert Kagan: „Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung“, S. 32f
3. Kagan, a.a.O., S. 110
4. ebenda
- 5.W. S.Churchill: „Ein eiserner Vorhang hat sich quer über den Kontinent gelegt“ (5.3.1946): In B. Greiner / K. Steinhaus: Auf dem Weg zum 3.Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation, Köln 1981, S. 86
6. Steinhaus/Greiner, a.a.O., S. 183- 185- Hervorhebung durch mich - HPB)
7. a.a.O., S. 186; Hervorhebungen durch mich - HPB
8. a.a.O., S. 147
9. a.a.O., S. 148f
10. Jelena und Alexander Charlamenko „Revolution und Konterrevolution in Russland“; Essen 2001, S. 17011. Charlamenko, a.a.O., S 172
12. <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html>
- 13.Spiegel 36/2014, S. 62-66

9. Tagung des Parteivorstands der DKP

13./14. September 2014, Essen

Auswertung 18. UZ-Pressesfest

Einleitung zur Diskussion von Wera Richter, Stellvertretende Vorsitzende der DKP

Für die Diskussion zur Auswertung unseres 18. UZ-Pressesfestes haben wir eine Reihe von Auswertungen verschickt, darunter drei allgemeine, nämlich die des Sekretariates, die von Genossen Christian Koberg und des Bezirkssekretariates Ruhr-Westfalen sowie Teilauswertungen, u. a. von der Tombola, der Agitation und vom Filmzelt. Einiges war in der UZ zu lesen, zum Beispiel von der Casa Cuba. Leider kann Uli Abczynski an der PV-Tagung nicht teilnehmen. Wir haben aber gemeinsam eine Auswertung in der Pressefestkommission gemacht, die heute einfließt. Werner wird im Anschluss an meine Einleitung einen Stand zu den Finanzen geben.

1. Bei aller nötigen Detail-Kritik, die gründlich ausgewertet werden muss, ist der Grundtenor bei den allermeisten positiv:

- Gut, dass wir das Fest gemacht haben
- Guter Besuch und tolle Stimmung
- Rundes Programm – inhaltlich und kulturell
- Solidarisch in der Durchführung

Einigkeit besteht auch darin, dass wir am Wetter nicht drehen können.

Das Pressefest reiht sich damit – bis hin zum Wetter – ein in die vergangenen Pressefeste und hätte ohne sie nicht stattfinden können.

Wir haben bewusst nicht davon gesprochen, dass dieses Fest größer oder besser war, als die vorangegangenen gewesen sind. Wir haben uns aber sehr gefreut, dass es ähnlich groß und ähnlich gut war. Das war nach drei Jahren Pause, Parteiauseinandersetzung und zum Teil neuer Mannschaft und neuen Verantwortlichkeiten kein Selbstläufer. Nicht umsonst haben wir ein Jahr auf das Fest verzichtet und uns sehr genau überlegt, ob wir das Fest wieder durchführen können. Es war ein kollektiver Kraftakt. Viele Danksagungen sind ausgesprochen. Ich will sie hier nicht alle wiederholen.

Die wenigen Neuerungen müssen wir uns genauer ansehen. Sie sind aber meist positiv angenommen worden. Ich nenne

- den Jugendbereich, der größer und „mitten“ auf dem Festgelände war und neben der SDAJ von Bündnispartnern mitgestaltet wurde. Wobei die SDAJ die Hauptarbeit geleistet hat und das sehr gut gemacht hat.
- den Ostbereich am See, kollektiv gestaltet von unseren Gliederungen in den ostdeutschen Ländern und dem Verlag 8. Mai.
- das Café K von UZ und Parteivorstand, das sicher ausbaufähig ist.
- das Filmzelt.
- die komprimierte Gestaltung des Hauptplatzes.

Unterschiedliche Einschätzungen gibt es zur reduzierten Nutzung und generell zur Nutzung der Hauptbühne. Angesichts des Wetters war es sicher gut, die Bühne am Sonntag nicht mehr zu nutzen, aber bei gutem Wetter hätte sie ggf. als Anziehungspunkt gefehlt.

Das Konzert am Freitagabend – beworben als Antifa-Konzert der SDAJ – war erneut nicht gut besucht, obwohl die SDAJ es gut beworben hatte. Am Tag selbst ist es ihr allerdings kaum gelungen, die eigenen Mitglieder zu mobilisieren. Auch die jungen GenossInnen nutzen den Freitag offenbar vor allem, um sich wiederzusehen und auszutauschen. Irritiert hat allerdings, dass es während des Jugendkonzertes auf der Hauptbühne ein Parallelkonzert im Jugendbereich gab. Dieses war allerdings nicht von der SDAJ, sondern von der Naturfreundejugend organisiert, die sich davon nicht abbringen ließ.

Positiv hervorzuheben ist der Internationale Bereich, die starke Beteiligung und Betreuung bis hin zur Abschlussveranstaltung mit den Internationalen Gästen in der Casa Cuba. Hier gibt es Überlegungen bei folgenden Festen, die Einbeziehung der Internationalen Gäste in das Programm zu intensivieren, ggf. auch ein internationales Zelt zu organisieren.

2. Wir waren als Gesamtpartei in der Lage, das Fest durchzuführen.

Daran gab es berechtigte Zweifel hinsichtlich der Finanzen, der Sicherheit und der Kräfte, die das Fest benötigt und bindet (u. a. wegen des hohen Alters vieler GenossInnen, aber auch wegen der Kommunalwahlkämpfe insbesondere in Ruhr-Westfalen).

- Finanziell gibt es trotz des enormen Spendenaufkommens ein Minus, aber die Situation ist weniger dramatisch als nach dem letzten Fest. Hierzu wird Werner später ergänzen.
- Sicherheitstechnisch haben wir richtig eingeschätzt, dass wir zurzeit nicht in der Lage sind, das Fest alleine abzusichern. Hier mussten wir kräftig investieren. Das Sicherheitskonzept, das dabei herausgekommen ist, ist aber tragfähig für den Platz.

Der Verantwortliche für diesen Bereich hat positiv eingeschätzt, dass die Bezirke ihre Anforderungen sehr gut erfüllt haben. Wir haben zum einen die gewünschten Zahlen erreicht, aber auch eine hohe Qualität. Fast alle GenossInnen waren das komplette Wochenende im Einsatz und auch geeignet für die Aufgabe. Sehr verlässlich war auch die SDAJ. Die beiden externen Gruppen haben sich und unsere Struktur gut ergänzt.

Vor allem am Sonntag sind unsere OrdnerInnen auch von GenossInnen zum Teil rüde angegangen worden, weil sie die verabredete Ein- und Ausfahrregelung durchgesetzt haben und damit auch den verfrühten Abbau verhindert haben. Auch den KollegInnen des Revierparks, die versucht haben, den Verkehr für uns zu regeln, nachdem der Parkplatz überfüllt war, ist nicht immer der nötige Respekt entgegengebracht worden. Dieses Problem sollten wir in der Auswertung mit den Bezirken am 11. Oktober ansprechen (ebenso wie das Problem mit der Hygiene/Ordnungsamt).

Eine Auswertung in der Leitung des Sicherheitsbereiches muss noch folgen.

- Von der Belastung für die Partei war das Fest anstrengend, aber hat aus unserer Beobachtung nicht an die Grenzen der Belastbarkeit geführt, wie es 2011 ausgewertet wurde. Das hat vor allem damit zu tun, dass erfahrene GenossInnen mitgearbeitet und ihr Wissen und Können weitergegeben haben und andererseits jüngere GenossInnen stärker eingestiegen sind und Verantwortung übernommen haben. An der Stafettenübergabe müssen wir weiter arbeiten.

Wir hatten in allen zentralen Bereichen (bezirklich muss das zusammengetragen und geprüft werden) genügend HelferInnen und eine wirklich solidarische Grundstimmung. Die Parteiauseinandersetzung hat kaum eine Rolle gespielt. Schwierigkeiten durch falsche Lieferzeiten (Container und Bauzäune) und mieses Wetter wurden mit Ruhe vor allem von Uli Abczyński als technischem Leiter gemeistert, müssen aber, wo sie vermeidbar waren, ausgewertet werden.

Positiv hervorzuheben – Christian Koberg hat das in seiner Auswertung getan – ist die Helferversorgung. Problematisch war die Situation vor allem im technischen Bereich, was aber weniger an der Anzahl der HelferInnen als an der fehlenden Zeit in der Vorbereitung lag. Problematisch ist die Anzahl von Fachkräften (u.a. Tontechnikern) in diesem Bereich. Im Hinblick auf Fachkräfte müssen wir uns auch alle anderen Bereiche ansehen und die Stafettenübergabe organisieren (Strom/Wasser/Fahrer etc).

3. Sowohl die Partei als auch die Bündnispartner haben das Fest angenommen und regelrecht darauf gewartet. Es hat im Parteileben und in der politischen Landschaft gefehlt und Akzente gesetzt. Es wird gebraucht.

Auch deshalb ist es nicht gelungen, das Fest nennenswert zu verkleinern. Verkleinert und neu gestaltet war lediglich der Hauptplatz. Diese Komprimierung ist positiv aufgenommen worden. Darüber hinaus wollten sowohl unsere Bezirke als auch Bündnispartner ihre Beiträge nicht nennenswert verkleinern. Allein Hessen und Baden-Württemberg haben ihre Beiträge nach den Nordlichtern zusammen-

gelegt – im Ergebnis eher mit mehr Anlaufschwierigkeiten als mit Erleichterungen. (Nachtrag: Auch die Bezirke Saarland und Rheinland-Pfalz haben ihren Beitrag zusammengelegt und verkleinert und gemeinsam einen vor allem kulinarischen Anziehungspunkt geschaffen.)

Die Zusammenarbeit mit den Bezirken war insgesamt solidarisch und gut. Aus unserer Sicht sind wir den Wünschen der Bezirke so gut es ging entgegengekommen. Die GenossInnen aus Südbayern waren nicht zufrieden mit ihrem Platz und hätten gerne den alten behalten. Hier handelt es sich aus unserer Sicht um ein Missverständnis, das ausgeräumt werden sollte. Es resultiert aus der ersten Beratung mit den Bezirken, in der aus Südbayern eingeschätzt wurde, dass es unklar sei, ob es überhaupt einen eigenen Beitrag geben könne und wenn, dieser dann deutlich kleiner ausfallen müsse.

Die Partei konnte sich insgesamt mit dem Fest stärken. Sie ist mit 25 Anträgen auf Mitgliedschaft und Selbstbewusstsein aus dem Fest hervorgegangen. Vor allem junge GenossInnen und SDAJlerInnen, die das erste Mal auf dem Fest waren, waren begeistert, was die Partei auf die Beine stellen kann. Auch von den Bündnispartnern gab es viele positive Rückmeldungen.

Von der Beteiligung der Bündnispartner war das Fest ähnlich der vergangenen Feste. Neuerungen wie die Beteiligung von Antifa-Strukturen und der Naturfreundejugend sind positiv. In einem wichtigen Bereich, der Einbeziehung von Gewerkschaften und ihren Jugendstrukturen, sind wir nicht weiter gekommen. Stärker gewichtet sollten wir den Beitrag der VVN-BdA als einem unserer wichtigsten Bündnispartner, ggf. gemeinsam mit dem Antifa-Zelt in einem Antifabereich.

Was die Nicht-Einladung der Marxistischen Linken angeht, gibt es unterschiedliche Auffassungen, die in verschiedenen Auswertungen, darunter in Uli's Tagebuch in der UZ und von Christian Koebig, geäußert wurden. Uli hat zu Recht kritisiert, dass das Thema in der Pressefestkommission nicht diskutiert wurde. Das war ein Fehler, hatte aber aus unserer Sicht nichts mit Ausgrenzung oder Geringschätzung seiner Person und Arbeit zu tun. Generell bleibt auch: Die Entscheidung war im Parteivorstand richtig angesiedelt und hätte nicht von der Kommission getroffen werden können.

4. Es ist uns gelungen, ein vielfältiges inhaltliches und kulturelles Programm auf die Beine zu stellen.

Das Fest gilt Linken und fortschrittlichen Menschen als Treffpunkt zum feiern, aber auch zum diskutieren. Wesentliche Fragen wie Krieg und Frieden, Antifaschismus, Auswirkungen der Krise, Kommunal- und Gewerkschaftspolitik, Umwelt- und Frauenpolitik haben auf dem Fest eine Rolle gespielt und sicher auch Impulse für weitere Auseinandersetzungen und Kämpfe gegeben.

Das inhaltliche Programm des Parteivorstandes – verantwortet von Nina Hager und Patrik Köbele – war zum Großteil mit namhaften Referenten aus der Bewegung und der Linkspartei qualifiziert besetzt. Problematisch war manches Mal eher die Besetzung des DKP-Parts. In der Friedensrunde gab es z. B. keine/n explizite/n DKP-Vertreter/in im Podium – von Peter Strutynski abgesehen, weil er den Kasseler Friedensratschlag vertreten hat. Mit den zahlreichen Diskussionsangeboten der Bezirke und der Bündnispartner – z.B. Konstantin Wecker und Moshe Zuckermann im jW-Zelt und ein Vertreter der ukrainischen Borotba im Antifa-Zelt – hatten wir ein umfassendes und sehr umfangreiches Programm.

Manche meinen, es sei zu umfangreich und zum Teil kam es zu Überschneidungen, zum Beispiel beim Thema Mietpolitik. Allerdings waren alle Diskussionsrunden gut besucht, was für den Umfang spricht. Zu wenig Gewicht hatte aus unserer Sicht die Frage gewerkschaftlicher und betrieblicher Kämpfe sowie der Erwerbslosenarbeit.

Das kulturelle Programm war ebenfalls umfang- und facettenreich und qualitativ hochwertig. Auch hier haben sich zentrale Beiträge gut mit bezirklichen und Beiträgen von Bündnispartnern (z.B. Ska-Konzert der Naturfreunde im Jugendbereich, Gundermann-Programm und Jazzpolizei bei der jW, Mobile Orchestra in Ruhr-Westfalen, Fred Ape in der Perle vom Borsigplatz) ergänzt. Vielen linken Kulturschaffenden ist es ein Bedürfnis, auf dem Pressefest der KommunistInnen aufzutreten. Wir konnten gar nicht alle im Programm aufnehmen.

Insbesondere abends kam es allerdings zu vermeidbaren Konkurrenzen (Freitag Jugendbereich NfJ und Hauptbühne; Samstag Ruhr/Rheinland) – sowohl was die Konzentration von Zuschauern als auch was die Lautstärke angeht. Hier gibt es dann auch finanziell Einsparpotentiale (Freitag Hauptbühne).

Gute Programme, wie Bernd Köhler in der Eishalle, haben leider nur vor kleinem Publikum stattgefunden. Das hängt sicher zum Teil mit der späten Bewerbung zusammen, aber auch hier steht die Frage: War es nicht zu viel Programm? Wäre es nicht besser, stärker auf Qualität als auf Quantität zu setzen und Höhepunkte, die dann auch richtig gut besucht sind, zu organisieren?

Über das Zustandekommen des Kulturprogramms müssen wir uns genauer verständigen. Das Ausklinken bzw. Nichteinklinken der Kulturkommission war schwierig. Die Leiterin der Kulturkommission Isa Paape kennt die schriftliche Auswertung des Sekretariates und war auch zu dieser Sitzung eingeladen. Sie musste sich entschuldigen, hat aber mitgeteilt, dass sie unsere Auswertung in diesem Punkt nicht teilt. Davon zeugt ein kurzer Mailwechsel in der Umlaufmappe. Wir wollen die Auswertung mit ihr möglichst bald nachholen.

Der Weg, den wir ohne Kulturkommission wählen mussten, nämlich das Kulturprogramm auf verschiedene Schultern zu verteilen, war kompliziert. Insbesondere hat er mich in der Gesamtorganisation durcheinander gebracht. Für diese Konstellation haben wir aber sicher das Beste draus gemacht. Wir können froh sein, dass die Genossen Klaus Winkes (Hauptbühne und Koordination) und Manfred Idler (Eishalle) so stark eingestiegen sind!

Wie bereits angesprochen, brauchen wir eine Verständigung über das Nutzen der Hauptbühne. Unbestritten scheint uns aber, dass wir am Samstagabend einen Haupt-Act brauchen, der ein Höhepunkt des Festes ist und zusätzliches Publikum anzieht. Das ist mit dem Bejarano/Wecker-Konzert sehr gut gelungen. Wir schätzen ein, dass bei dem Konzert 4.000 Besucher waren.

Es wird diskutiert, ob das inhaltliche und kulturelle Programm in einem vernünftigen Verhältnis stehen und ob wieder mehr für den Volksfest-Charakter getan werden muss. Hier müsste allerdings konkreter formuliert werden, was den Volksfestcharakter ausmacht und was fehlt.

Es wird diskutiert, ob das Programmheft nicht früher veröffentlicht werden muss, um damit zu werben und den BesucherInnen eine bessere Orientierung zu ermöglichen.

5. Das Fest hat die Frage nach weiteren Festen aus unserer Sicht positiv beantwortet.

Es ist allerdings zu diskutieren, in welchem Rhythmus das passieren kann. Ausgehend von dieser PV-Tagung soll die Diskussion in der Partei geführt werden, was sie für sinnvoll und realistisch hält. (Nachtrag: In dieser Diskussion sollte es natürlich auch um Charakter und Konzeption des Festes und die u. a. in dieser Auswertung aufgeworfenen Fragen gehen.)

Eine Entscheidung sollte aus unserer Sicht der 21. Parteitag Ende 2015 treffen. Das Sekretariat ist der Meinung, dass das Fest 2016 stattfinden sollte. Klar ist allerdings, dass dann verschiedene Vorbereitungen vor dem Parteitag eingeleitet werden müssten.

Am 11. Oktober wollen wir das Fest mit den Bezirken auswerten und anschließend mit den HelferInnen feiern. Natürlich sind dazu auch die Parteivorstandsmitglieder eingeladen.

6. Fragen, die heute und mit Blick auf künftige Feste zu diskutieren sind, sind aus unserer Sicht:

- Stimmt das Verhältnis zwischen politischem und Kulturprogramm bzw. müssen wir mehr für den Volksfestcharakter tun?
 - Wie gelingt es bei künftigen Festen, das Programm besser zu bewerben?
 - Wie gelingt es im Bündnisbereich, vor allem Gewerkschaften besser einzubeziehen?
 - Wie gelingt die Stafettenübergabe im Helferbereich?
 - Welcher Rhythmus der Pressefeste ist sinnvoll und leistbar?
-

Finanzbericht zum Pressefest

Werner Sarbok, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes, Bundeskassierer

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben das UZ-Pressefest 2014 auch in finanzieller Hinsicht gestemmt. Auch wenn noch nicht alle Zahlen eurogenau vorliegen, noch einige umfangreichere Zahlungszuordnungen erfolgen müssen und zugesagte Spenden und Zuschüsse noch nicht eingetroffen sind, steht heute fest:

Wir haben alle Rechnungen an den Parteivorstand in Sachen Pressefest bezahlt, es stehen auch keine weiteren mehr aus.

Wir müssen noch etwa 15.000 Euro Darlehen an Gliederungen der DKP für das Pressefest zurückzahlen. Diese Summe ist durch noch ausstehende Forderungen des Parteivorstandes gedeckt, es sind zum Beispiel noch nicht alle Kosten für Infrastruktur, Helferversorgung etc. bezahlt worden.

Die noch zu schließende Finanzlücke bewegt sich zwischen 4.000 und 7.000 Euro. Da aktuell noch täglich Spenden eingehen, bereits erwähnte Spenden und Zuschüsse noch in der Pipeline sind, können wir davon ausgehen, dass wir eine ausgeglichene Abschlussbilanz des Pressefestes erhalten können.

Einige Zahlen im Einzelnen:

In der Summe waren die Einnahmen etwa 2.500 Euro und die Ausgaben um ca. 10.000 Euro höher als der Plan, der in der Summe jeweils ca. 220.000 Euro vorgesehen hatte.

Zu den Einnahmen:

Wir konnten unser Button-Verkaufsziel übertreffen. Mit dem Verkauf von 10.364 Buttons haben wir 51.820 Euro erwirtschaftet – also ca. ein Viertel des gesamten Pressefestes. Wir haben über 60.000 Euro an Spenden und ca. 28.000 Euro Zuschüsse eingenommen. Damit haben wir die Ziele erreicht bzw. übertroffen.

Die eingeplanten Summen für Tombola und Kleinstände haben wir nicht ganz realisieren können.

Die Einnahmen aus Infrastruktur und den Überschüssen aus den Getränkeverkäufen lassen sich noch nicht abschließend beziffern – da sind noch einige Excel-Auswertungen zu erstellen.

Zu den Ausgaben:

Wir haben überall fast Punktlandungen auf dem Finanzrahmenplan gemacht. Es gibt drei „Ausrutscher“, von denen zwei aber im Vorfeld kommuniziert worden sind: Bei der Sicherheit und der Öffentlichkeitsarbeit haben wir jeweils den Plan mit etwa 4.000 Euro überschritten. Die Helferversorgung ist ebenfalls teurer als geplant geworden, aber auch hier sind noch einige Berechnungen erforderlich, um das genau beziffern zu können.

Ich bin allen Genossinnen und Genossen, mit denen ich in den finanziellen Dingen des Pressefestes zusammengearbeitet habe, zu großem Dank verpflichtet.

Die Genossen der Pressefestkommission, vor allem Ulrich Abczynski, haben mit ihren sehr genauen Angaben das Fest finanziell planbar gemacht.

Die verantwortlichen Genossinnen und Genossen für die Ausrichtung des Kulturprogramms und der internationalen Kommission haben sich sehr verantwortlich an ihre Budgets gehalten. Die Genossen, die erstmalig die Getränkeausgabe organisiert haben, haben auch in Bezug auf die Rechnungsstellungen eine hervorragende Arbeit gemacht. Von den GenossInnen der Casa Cuba und den Nordlichtern haben wir den gesamten Überschuss ihrer Pressefest-Beiträge bekommen.

Eine wie immer entscheidende Unterstützung habe ich von Christian Koberg erhalten – Rechnungen erstellen und viele andere umfangreiche Arbeiten hat er absolviert.

Vielen Dank also an diese GenossInnen und an die vielen anderen, die durch ihren Einsatz vor, auf und nach dem Pressefest diesen großen auch finanziellen Erfolg ermöglicht haben.

9. Tagung des Parteivorstands der DKP

13./14. September 2014, Essen

(Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort)

Schlussfolgerungen aus der Mitgliedsbuchneuausgabe

Wera Richter, Stellvertretende Vorsitzende der DKP

1. Allgemein

Wir können heute leider erneut keine detaillierte Auswertung der Mitgliedsbuchneuausgabe vornehmen, da die Daten aus wichtigen Bezirken nicht vorliegen. Wir können und müssen dennoch Schlussfolgerungen ziehen und wollen heute versuchen, Wege zur Parteistärkung aufzeigen und eine Diskussion über Möglichkeiten der Mitgliedergewinnung zu beginnen. Diese ist dringend notwendig. Wir tun das im Wissen um unsere Schwächen und auch im Wissen darum, dass der Schritt, in unseren Reihen mit zu kämpfen, für viele auch Aktive zurzeit nicht naheliegend ist.

Die Ergebnisse der Mitgliedsbuchneuausgabe sind wenig überraschend und dennoch alarmierend. Sie betreffen zum einen die Anzahl der Mitglieder, die bei 3.000 (plus etwa 20) liegt und damit weiterhin gesunken ist. Weitere Daten (Durchschnittsalter/betriebliche Verankerung) lassen sich nicht auswerten, da die Auswertungsbögen aus den Bezirken unvollständig sind. Es wird aber auch nicht überraschen, dass das Durchschnittsalter relativ hoch und die betriebliche Verankerung relativ gering sein dürften.

Zum zweiten können wir Aussagen über den organisationspolitischen Zustand der Partei treffen. Diese war in großen Teilen sowohl mit dem organisatorischen Akt der Mitgliedsbuchneuausgabe als auch der EU-Wahl (als Bestandteil dieser) überfordert. Wir stellten in einer ersten Auswertung fest: Die Partei ist in der Fläche nicht handlungsfähig.

Die Partei ist regional sehr unterschiedlich aufgestellt – das betrifft alle Bereiche: vom Erfahrungsstand, über die ideologische Bildung, über den Grad der Verankerung bis hin zur Handlungs- und Aktionstätigkeit. An manchen Orten sind Erfahrungen zum Beispiel in Fragen der Kassierung oder bei der Organisation eines Gruppenabends oder Infostandes durch den Generationswechsel nicht mehr vorhanden. Das gilt natürlich in besonderem Maße für das ideologische Grundwissen.

Probleme sehen wir vor allem in den Flächenländern. Dort erreichen wir längst nicht alle Mitglieder und Sympathisanten über unsere Grundgliederungen. Oft sind weite Strecken zu überwinden. Einfacher ist die Anbindung und Orientierung in den Großstädten wie Berlin und Hamburg und dort, wo es funktionierende Kreisstrukturen gibt.

Ebenso unterschiedlich ist die Entwicklung und Arbeitsweise der Leitungen auf Bezirks-, Kreis- und Gruppenebene. Die übergeordneten Leitungen müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie in der Lage sind, die Grundgliederungen in ihrer Arbeit und Entwicklung zu unterstützen.

Die Partei wird kleiner und älter und droht zu verschwinden, wenn es nicht gelingt, neue Mitglieder zu gewinnen. Mitglieder gewinnen und halten wir an der Basis, in unseren Grundeinheiten, also in der Fläche. Daher müssen beide Stränge

- Wie reorganisieren wir unsere Strukturen vor allem in Hinblick auf die Handlungsfähigkeit und Attraktivität der Grundorganisationen? Was bedeutet das für unsere (Leitungs)Strukturen?
- Wie und wo gewinnen wir neue Mitglieder?

umfassend diskutiert und praktisch angegangen werden.

Ein dritter Strang, der sich lange aufdrängt, ist die Frage nach der Verankerung der DKP in der Klasse. Neuaufnahmen, die wir momentan tätigen, sind in der Regel Neuaufnahmen aus der SDAJ oder einem stark politisierten intellektuellen Umfeld. Weder im Kern der Arbeiterklasse, den Belegschaften von Mittel- und Großbetrieben, noch im größer werdenden Teil der abgehängten Arbeiterklasse, dem Prekariat, haben wir politisch ausreichenden Einfluss.

Das macht sich nicht nur an Neuaufnahmen fest, sondern natürlich auch an der Beteiligung zum Beispiel an unserem Pressefest und anderen Aktivitäten der Partei. Unsere Zielgruppe ist weit von uns entfernt und umgekehrt. Diese Problematik ist eine langfristige, die es aber ebenfalls anzupacken gilt, wenn wir uns als Kommunistische Partei ernst nehmen.

Schnelle Antworten und Lösungen gibt es für alle drei Felder nicht. Wir müssen uns auf eine lange Durststrecke einstellen, in der die Partei auch noch kleiner werden kann. Umso wichtiger sind politische und kulturelle Höhepunkte wie das Pressefest und das LLL-Wochenende sowie weitere Aktivitäten der Gesamtpartei, die ausstrahlen – nach innen und außen.

Unsere Aufgabe als Parteivorstand ist es, der Partei nachvollziehbare Schritte der Parteientwicklung aufzuzeigen, sie in den Gliederungen, vor allem in den Bezirks-, Landesvorständen und Koordinierungsräten, zu diskutieren und anzugehen. Es muss deutlich werden und Mut machen, dass wir uns mit dem Zustand der Partei nicht abfinden, sondern handeln. Wichtig ist, dass positive Entwicklungen – zum Beispiel die erhöhte Außenwirkung der Grundeinheiten – erkennbar werden.

Dazu ist es nötig, nicht nur Diskussionen zu führen, sondern auch konkrete und abrechenbare Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen, zu kontrollieren und ggf. zu korrigieren. Der Prozess der Parteistärkung muss vom Parteivorstand und seinem Sekretariat als dauerhafte Aufgabe begriffen werden. Einfließen in die weitere Diskussion werden auch Ergebnisse einer Arbeitsgruppe mit GenossInnen aus den Kreisen Bottrop, Essen, Dortmund und Münster, die um Formen der Mitgliederwerbung diskutiert.

2. Die Grundorganisationen sind der Schlüssel zur Mitgliedergewinnung

Mitglieder gewinnen wir nicht irgendwo, sondern vor Ort, über aktive GenossInnen und Aktivitäten unserer Parteigruppen. Das ist auch der Ort, wo sie als neue Mitglieder nicht nur irgendwie zurecht kommen, sondern ihren Platz zum Lernen und Kämpfen – auch zum Lachen und sich wohl fühlen – finden müssen.

Das ist besonders schwer dort, wo es über weite Strecken keine Grundorganisationen gibt, in den großen Flächenländern und vor allem in den ostdeutschen Bundesländern. Dort gibt es Interesse an der Partei, aber wir sind oft nicht in der Lage, den Kontakt zu Sympathisanten zu halten, ihnen etwas anzubieten.

Aber auch dort, wo wir Grundorganisationen haben, gelingt es häufig nicht, neue und jüngere Mitglieder in die Arbeit einzubeziehen und gemeinsam mit ihnen eine lebendige und anspruchsvolle Gruppenarbeit zu entwickeln. In den meisten Gruppen erreichen wir nicht mehr alle Mitglieder. Das hat allerdings auch mit dem Selbstverständnis der GenossInnen und ihrer Disziplin zu tun. Die Teilnahme an Gruppenabenden ist nicht mehr unbedingt verbindlich.

Die Aktivität und Wirksamkeit draußen spielen hier eine große Rolle. Mitglieder treten in die Kommunistische Partei ein, um aktiv zu sein und etwas zu bewegen. Dem steht entgegen, dass unser Parteiaktiv älter und vielerorts kleiner wird, dass die Partei zu wenig und zu wenig selbstbewusst auf der Straße ist. Für Freunde, Bündnispartner und Sympathisanten, die es noch nicht zum Gruppenabend zieht, gibt es auch drinnen zu wenig Angebote, um uns und unsere Positionen, aber auch unsere Weltanschauung, zum Beispiel auf öffentlichen Veranstaltungen und in Bildungszirkeln, kennen zu lernen.

Wir wollen Leitungskraft darauf konzentrieren, die Grundorganisationen zu stärken, insbesondere ihre Außenwirkung zu erhöhen. Es ist genauer zu diskutieren, welche Rolle Partei-, Bezirks- und Kreisvorstände dabei spielen können und wie die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen verbessert werden kann. Problematisch ist der Kontakt des Parteivorstandes zu den Grundeinheiten, Informationen bleiben oft auf der Bezirksebene hängen. Der erste Schritt ist eine Bestandsaufnahme der Untergliederungen der Bezirke, der Kreise und Gruppen sowie der Aufbau eines Mailverteilers. Beides ist uns mit der Mitgliedsbuchneuausgabe nicht gelungen. Mit einem Handbuch für Gruppenleitungen können Grundlagen wieder gelegt werden und möglicherweise auch Anreize geschaffen werden, neue Gruppen zu gründen. Wir wollen es erarbeiten.

Kriterien für eine aktive Gruppe sind aus unserer Sicht:

- gewählte Leitung
- Schwerpunktsetzung und Arbeitsplanung
- Bündnisarbeit (Kommunale und/oder betriebliche Verankerung)
- Kontinuierliche Bildungsarbeit
- Kontinuierliche Aktionstätigkeit
- Kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit (Kleinzeitung, Infostände, Verteilaktionen, Veranstaltungen)

Wir sollten – unabhängig von der Frage der Parteitagsdelegierten – auch Kriterien für Kreise bestimmen, um wieder zu einheitlichen Strukturen zu kommen. Aus unserer Sicht könnte das Kriterium für einen Kreis lauten, dass er sich aus mindestens drei Parteigruppen und mindestens 15 Mitgliedern zusammensetzt.

Kampagnentätigkeit als Mittel zur Stärkung der Grundorganisationen

Ein organisationspolitisches Mittel zur Stärkung unserer Grundorganisationen ist die Kampagne, die die Gesamtpartei in Aktion bringt. Eine Kampagne ist nicht mehr und nicht weniger als ein bestimmter Zeitraum, in dem die Gesamtpartei verbindlich und von den Leitungen organisiert zu einem bestimmten Thema arbeitet und sich dabei abrechenbare Ziele setzt.

Stärker als bisher müssen wir über die Inhalte einer Kampagne nachdenken. Das Thema muss von bundesweiter Bedeutung sein, damit die Kampagne in allen Orten durchgeführt werden kann. Es muss massenwirksam sein in dem Sinne, dass sich daran breiter Widerstand entwickeln lässt. Es muss der Parteisituation Rechnung tragen, also die unterschiedliche Entwicklung in Bezirken und Grundorganisationen berücksichtigen.

Eine Kampagne muss von allen Grundorganisationen durchgeführt werden können und zum Ziel haben, sie in einen jeweils höheren Entwicklungsstand zu bringen. Das kann in einer Gruppe, die kaum nach außen geht, der Schritt hin zum regelmäßigen Infostand oder Stammtisch sein. In einer Gruppe, die das bereits tut, kann es die Herausgabe einer regelmäßigen Kleinzeitung sein.

Es ist zu überlegen, wie Gruppen geholfen werden kann, denen solche Schritte fern sind, die im Prinzip nur noch über die Kassierung zusammengehalten werden. Lassen sich dort zum Beispiel Infostände, Veranstaltungen oder Aktionstage mit Hilfe umliegender Kreise oder der übergeordneten Leitungen organisieren?

In jedem Fall notwendig ist die Akzeptanz einer Kampagne in den Leitungen, mit anderen Worten das Besinnen auf die Verbindlichkeit unserer Beschlüsse. Der EU-Wahlkampf hat an vielen Orten gezeigt, was geht. Die Nichtteilnahme von Teilen der Partei hat seine Wirksamkeit geschmälert.

3. Inhaltlicher Leitfaden

Organisationspolitik und Parteientwicklung finden nicht im luftleeren Raum statt. Neben dem Stand der Organisation, für den die Mitgliedsbuchneuausgabe Anhaltspunkte gegeben hat, entscheidet die Situation draußen über politische Notwendigkeiten und unsere Strategie.

Unsere inhaltliche Grundlage sind unsere Weltanschauung und das Parteiprogramm. Mit dem 21. Parteitag wollen wir aktuelle Entwicklungen analysieren und daraus Schlussfolgerungen für unsere Praxis ziehen. Wie entwickelt sich die Gesellschaft, wo sind die Hauptkonfliktpunkte, wo ist die Klasse besonders bedrängt? Wer ist der Hauptgegner und wo sind die Kräfte des Widerstandes? Was tut die Partei? Was müsste sie tun als Partei der Arbeiterklasse, als marxistisch-leninistische Partei? Das sind Fragen, die wir im Vorfeld des 21. Parteitages mit dem Leitantrag diskutieren wollen und es sind Fragen, die uns bei den Überlegungen zur Parteistärkung leiten müssen.

Dabei gehen wir davon aus, dass wir uns auch angesichts unserer Schwäche auf bestimmte Felder konzentrieren, Schwerpunkte setzen müssen. In diesen soll sich die Partei und ihre Zeitung, die UZ, in Theorie und Praxis profilieren und als Kraft etablieren – als antimonopolistische, antimilitaristische und antifaschistische Kraft.

Kommunalpolitik

Als Partei der Arbeiterklasse beanspruchen wir, die Interessen der Arbeiterklasse konsequent zu vertreten. Diesen Interessen steht das Interesse des Monopolkapitals diametral entgegen. Wir sehen deshalb eine Hauptaufgabe darin, die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt von Auseinandersetzungen zu rücken und antimonopolistische Bündnisse zu fördern und zu schmieden. Angesichts unserer Schwäche in der betrieblichen Arbeit – dazu ist an anderer Stelle gesagt, dass dieser Zustand langfristig zu ändern ist – sehen wir diese Aufgabe vor allem in der Kommunalpolitik, im Widerstand gegen Privatisierungen, im Kampf um bezahlbaren Wohnraum inklusive der dazugehörigen Kosten (Wasser/Energie), Nahverkehr und Freizeit- und Kultur- und Bildungseinrichtungen. Diese Auseinandersetzungen sind im Interesse des Großteils der Bevölkerung und damit massenwirksam.

Friedenspolitik

Angesichts der entfesselten Kriegspolitik der imperialistischen Mächte, ganz vorne dabei Deutschland und die EU, halten wir es für dringend, den Antimilitarismus und Antiimperialismus zu stärken. Wir sehen uns auch hier in Übereinstimmung mit dem Großteil der Bevölkerung, der Auslandseinsätze der Bundeswehr und Waffenexporte ablehnt. Wir wollen konsequenter als bisher daran arbeiten, die Friedens- und antimilitaristische Bewegung zu stärken. Wir sehen es unter anderem als unsere Aufgabe an, den imperialistischen Charakter der Kriege und damit ihre Hintergründe herauszuarbeiten und damit gegen Spaltungen innerhalb der Bewegung zu wirken.

Antifaschismus

Angesichts der zunehmenden Rechtsentwicklung in Deutschland und der EU halten wir es für dringend, die antifaschistische Bewegung zu stärken. Sie richtet sich gegen Neofaschisten und Rechtspopulisten, gegen Rassismus und die Entrechtung von Flüchtlingen, gegen Demokratieabbau und den totalitären Ausbau des Staates. Wir sehen es unter anderem als unsere Aufgabe an, über die Funktion der reaktionären Politikvarianten – Spaltung und dadurch Systemstabilisierung – aufzuklären.

In allen drei Politikfeldern halten wir das stärkere Eingreifen von Gewerkschaften und Belegschaften für entscheidend.

4. Mitgliedergewinnung

Wir wollen offensiver an die Frage der Mitgliedergewinnung herangehen, eine Diskussion darüber in der Partei anstoßen und konkrete Maßnahmen ergreifen.

Mit der eben skizzierten Ausrichtung und erhöhter Aktivität ist es möglich, auf folgende Gruppen auszustrahlen

- Jugendliche
- Menschen in Ostdeutschland
- Menschen, die politisch und in unserem Bündnisumfeld und den Gewerkschaften aktiv sind

Parallel wollen wir die Diskussion um die Wiedergewinnung der Verankerung in der Klasse als langfristige Aufgabe führen. Auch hierzu schlagen wir konkrete Schritte vor.

4.1. Verankerung in der Klasse/AG Klassenanalyse

Mit der Frage der Mitgliederwerbung müssen wir auch die Fragen

- Wie erreichen wir mit der Partei die Klasse?
 - Wie gewinnen wir aktive GewerkschafterInnen, ArbeiterInnen und Arbeiterjugendliche für unsere Partei?
 - Wie kommen wir wieder zu einer Verankerung in der Klasse?
- stellen und versuchen zu beantworten.

Wie eingangs skizziert, klafft eine tiefe Lücke zwischen Anspruch – Partei der Arbeiterklasse – und Wirklichkeit. Langfristig müssen wir wieder an den Punkt kommen, die Klasse zu erreichen, mit ihr für ihre Interessen zu kämpfen und sie für uns zu gewinnen.

Neben der Kommunalpolitik gilt es, die betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit beharrlich zu entwickeln. In verschiedenen Orten – Berlin, Baden-Württemberg – waren die GenossInnen durch die Ergebnisse der Mitgliedsbuchneuausgabe überrascht, wie viele aktive GewerkschafterInnen und auch Funktionäre noch in unseren Reihen sind. Sie kämpfen oft allein. Wir wollen sie stärker unterstützen und u.a. damit beginnen, den Erfahrungsaustausch in unterschiedlichen Branchen zu organisieren und ggf. regionale Branchengruppen aufzubauen.

Generell stellen wir fest, dass die KollegInnen in den Gewerkschaften unseren GenossInnen gegenüber oft aufgeschlossen sind, auch wenn es um gewerkschaftliche Gremienarbeit insbesondere im Jugendbereich geht. Wir müssen unsere GenossInnen wieder stärker ermutigen und auffordern, in den Gewerkschaften tätig zu werden. Wir wollen versuchen, gezielt mit einzelnen Kolleginnen und Kollegen über die Mitgliedschaft in der Partei zu diskutieren.

Ebenso zu entwickeln ist die Arbeit mit und für Erwerbslose, die wir kaum noch leisten. Die DKP-Bottrop ist mit ihrer kontinuierlichen Hartz-IV- und Sozial-Beratung die positive Ausnahme. Das zu tun, ist Aufgabe der Kommission Betrieb und Gewerkschaft des Parteivorstandes.

Die B&G-Kommission

* nimmt die Mitgliedsbuchneuausgabe zum Anlass, zu prüfen, inwieweit sich Branchentreffen organisieren lassen und ob es sinnvoll ist, Arbeitsgruppen zu bestimmten Fachbereichen, zum Beispiel zum Gesundheitswesen, aufzubauen;

* organisiert einen Austausch zur Erwerbslosenarbeit und prüft, eine ständige AG zu dieser Thematik einzurichten.

* organisiert in Zusammenarbeit mit der IK oder Im Rahmen einer Vier-Parteien-Konferenz den Erfahrungsaustausch mit den Genossen der belgischen PTB zur Frage „Wirken in der Arbeiterklasse?“ (Arbeitstitel).

Darüber hinaus wollen wir beraten, ob es möglich und sinnvoll ist, das Projekt Klassenanalyse wieder anzuschieben. Die Analyse der Veränderungen in der Arbeiterklasse (Produktivkraftentwicklung/Klassenbewusstsein) müsste fortgeführt und um die politische Praxis der Partei ergänzt werden. Eine solche Arbeitsgruppe sollte der Bildungskommission untergliedert sein.

* Die Bildungskommission berät mit den Organisatoren des eingestellten Projektes Klassenanalyse, der Marx-Engels-Stiftung und der Karl-Liebknecht-Schule über einen Neustart.

4.2. Jugendarbeit

Die Jugendarbeit der DKP liegt in der Verantwortung der Jugendkommission des Parteivorstandes. Ziel muss es sein, dass in der Kommission Mitglieder aus allen Bezirken mitarbeiten und diese sich regelmäßig trifft und es eine Arbeitsplanung gibt. Es ist sinnvoll, neben Axel Koppey (Leiter), Björn Schmidt und Peter Lommes weitere Parteivorstandsmitglieder und weitere GenossInnen für die Arbeit in der AG zu gewinnen.

SDAJ

Wesentlich für die Mitgliedergewinnung und Zukunft der Partei ist die Jugendarbeit. In diesem Bereich ist die SDAJ unser erster und wichtigster Partner. Für die Stärkung der Partei brauchen wir die Stärkung der SDAJ.

Es ist uns gelungen, die Zusammenarbeit mit der SDAJ wieder auf eine vertrauensvolle Basis zu stellen. Der Kontakt findet aber noch zu sehr auf dem Papier und auf der Leitungsebene Sekretariat/Geschäftsführung statt. Die Orientierung auf die SDAJ ist in der Gesamtpartei noch nicht angekommen. Das hat u. a. die schlechte Beteiligung und Vorbereitung in der DKP am jugendpolitischen Ratschlag gezeigt. Der Ausspruch „da bin ich zu alt zu“ ist kein Ausrutscher, sondern bei vielen GenossInnen verinnerlicht.

Wir halten fest: Es finden regelmäßige Beratungen des Sekretariates mit dem Verantwortlichen des Parteivorstandes für Jugendpolitik und der Geschäftsführung der SDAJ statt. Es wird eine Beratung der Kommission B&G des Parteivorstandes mit der SDAJ zu Fragen der Arbeiterjugendpolitik organisiert.

Mit der SDAJ wollen wir:

- in der Jugendkommission über Möglichkeiten der Jugendarbeit der DKP und Handlungsmöglichkeiten in diesem Bereich diskutieren. Dazu gehört auch die Diskussion um Bündnispolitik im Jugendbereich, vor allem um Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsjugend.
- über eine Kaderplanung ins Gespräch kommen, die uns a) den Generationswechsel in der Partei organisiert angehen lässt und b) die politische Berufsberatung wieder in das Blickfeld rückt. Eine betriebliche Verankerung bekommen wir nicht allein durch die Arbeit und Agitation vor dem Werkstor hin; es müssen wieder GenossInnen in die Betriebe.
- eine möglichst konkrete Zusammenarbeit zu bestimmten Themen vereinbaren, zum Beispiel das gemeinsame Herangehen an Tarifaueinandersetzungen.

Stärkung der SDAJ

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die SDAJ zu stärken und ihr zu helfen, sich in der Fläche zu vergrößern, also neue Gruppen zu gründen.

Die Mitgliedsbuchneuausgabe und der jugendpolitische Ratschlag hatten u. a. das Ziel, die Zusammenarbeit von DKP und SDAJ regional zu stärken. Wir wollen nun im Rahmen der Jugendkommission mit der SDAJ eine Bestandsaufnahme machen:

- In welchen Bezirken/Regionen gibt es eine entwickelte Zusammenarbeit von DKP und SDAJ? Wo kann und muss sie angestoßen werden?
- In welchen Bezirken/Regionen gibt es eine betriebliche/gewerkschaftliche Verankerung von DKP und/oder SDAJ?
- Wo gibt es keine SDAJ-Strukturen, aber Ansätze, die von der DKP mit entwickelt werden können?

Die Zusammenarbeit vor Ort entwickelt sich nur an konkreten Vorhaben und Projekten.

- Wir begreifen das Festival der Jugend 2015 als gemeinsame Anstrengung und organisieren eine flächendeckende Mobilisierung nach Köln (ähnlich der Antifa Bring-2-Kampagne).
- Wir diskutieren mit der SDAJ um das gemeinsame Herangehen an die anstehende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie
- Wir diskutieren mit der SDAJ über die Idee, gemeinsam eine Rundreise „DDR-aus erster Hand“ in Ostdeutschland zu organisieren. Gemeinsam mit Funktionsträgern der DDR reisen wir zu Stätten des sozialistischen Aufbaus und des kapitalistischen Raubbaus und setzen der Geschichtsklitterung unsere Zeitzeugen entgegen. Genutzt wird die Bildungszeitung der SDAJ zum Thema Sozialismus in der DDR.

Wir arbeiten weiter an der finanziellen Unterstützung der SDAJ durch das gezielte Werben von Dauerspendern. Langfristig ist das Ziel, der SDAJ die Finanzierung einer hauptamtlichen Stelle zu ermöglichen.

Jugendarbeit der DKP

Neben der Zusammenarbeit mit der SDAJ muss die Partei selbst der Jugend ein Angebot machen bzw. für sie ansprechbar sein. Sie muss attraktiv und erkennbar werden als konsequente Vertreterin der Interessen der Jugend. In folgenden Bereichen müssen und können wir ‚besser‘ werden:

Arbeit der Grundeinheiten/Aktionstätigkeit

Die Partei muss ihre Gruppenarbeit daraufhin prüfen, ob sie interessant auch für junge Menschen ist, und wenn sie das nicht ist, entsprechende Angebote schaffen. Es sind nicht die Alten, die den Jungen im Wege stehen, im Gegenteil: ihre Geschichte ist oft höchst interessant. Es sind aber eingefahrene Arbeitsweisen und Gruppenabende, auf denen vor allem ausgewertet und Organisatorisches besprochen wird.

- Wir sollten stärker darüber nachdenken, Zusatzangebote zu schaffen: Öffentliche Veranstaltungen, Spiele- und Kulturabende, Stammtische, Soli-Tresen etc. Politik muss auch Spaß machen und Anregungen geben – oder wie Thälmann es gesagt hat: Es muss eine Lust hinzukommen.
- Die Partei muss offensiver dort auftreten, wo sich Jugend bewegt. Sie muss die Jugend in ihren direkten Kämpfen um Ausbildung und Bildung, aber auch um Jugendzentren und Freiräume unterstützen.
- Sie muss konsequenter Bündnispartner und organisierte Kraft im antimilitaristischen und antifaschistischen Spektrum und bei Aktionen der antikapitalistischen Bewegung wie bei den Blockupy- und den Gipfelprotesten sein.
- Sie muss selbstbewusster werden und häufiger die Initiative ergreifen, selber Bündnisse anstoßen und Aktionen initiieren.

Öffentlichkeitsarbeit/Materialien

Die Öffentlichkeitsmaterialien inklusive UZ müssen auf ihre Verständlichkeit, Sprache aber auch Themenvielfalt überprüft werden.

* Aktivitäten der Arbeiterjugend und der außerparlamentarischen Bewegung müssen mehr Raum bekommen.

* Der Punkt Mitgliederwerbung sollte selbstverständlicher in die Materialien aufgenommen werden (Die DKP – Wer wir sind und was wir wollen ...). Geprüft wird die Herausgabe eines Materials „DKP für Einsteiger“ bzw. „Das wollen die KommunistInnen ...“

* Die UZ-extra erscheint weiterhin regelmäßig auch zum Thema Jugendpolitik.

* Wir befassen uns mit den „neuen Medien“ und machen Vorschläge zum Umgang mit Facebook, Twitter etc.

Bildungsarbeit

In Zusammenarbeit mit der Bildungskommission und der Karl-Liebknecht-Schule werden regelmäßige Einsteigerschulen ggf. auch regional organisiert. Die Werbung junger Mitglieder und Sympathisanten wird in Zusammenarbeit mit den Bezirken organisiert. Zu prüfen ist eine Kooperation mit der jungen Welt.

Es sind Vorschläge und Ideen zu entwickeln, wie wir „Tina“ – There ist no Alternative – besser entgegenreten können und das Thema Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus und Zukunftsperspektive wieder besser setzen können.

Kommunistische Persönlichkeiten/Kommunistische Geschichte

Wir werben zu wenig mit unseren Stärken, unserer Geschichte, unseren Persönlichkeiten. Für Jugendliche sind das antifaschistische Erbe der DKP, die kommunistischen Widerstandskämpfer Thälmann, Gingold und Carlebach ebenso interessant und lehrreich wie die Phase des Kalten Krieges und der vergessenen Justizopfer unter Adenauer und ihr Kampf gegen die Remilitarisierung (u.a. Philipp Müller), wie die Geschichte der Internationalen Solidaritätsbewegungen zum Beispiel mit Angela Davis, Nelson Mandela oder El Salvador und Nicaragua oder die Geschichte des Aufbaus des Sozialismus in der DDR oder auf Kuba.

Wir stellen der Partei Materialien zur Verfügung und prüfen, ob sich zum Beispiel rund um den 8. Mai 2015 Rundreisen mit den Filmen über Peter Gingold, Emil Carlebach bzw. zu den Opfern des Kalten Krieges (verboten, verfolgt, vergessen) organisieren lassen.

Universität/Hochschule

Zurzeit wirken wir nicht organisiert an Universitäten und Hochschulen, stellen aber immer wieder fest, dass es dort ein Potential und auch ein Bedürfnis nach unseren Positionen gibt. Mehrfach ist in der Partei auf dieses Manko hingewiesen worden.

Der Parteivorstand lädt im Frühjahr 2015 zu einer Beratung interessierter Studierender, Lehrender und in dem Bereich Beschäftigter ein, um zu prüfen, ob sich eine Kommission bilden lässt. Ebenfalls geprüft wird die Herausgabe einer UZ-extra zur Verteilung an Hochschulen und Universitäten.

4.3. Aufbau Ost

Unser Potential in den neuen Bundesländern ist groß; die Mitgliedsbuchneuausgabe hat uns allerdings erneut unsere Schwäche in Ostdeutschland aufgezeigt. Wir müssen eine neue Anstrengung im Bereich Aufbau Ost machen.

Die Ergebnisse bei den EU-Wahlen in Ostdeutschland waren im Verhältnis zu denen in Westdeutschland überdurchschnittlich hoch. Das kann nur zum Teil auf überdurchschnittliche Wahlkampfaktivitäten zurückgeführt werden. Die Bedingungen sind sehr unterschiedlich. Während wir in Berlin, Brandenburg und neuerdings auch in Mecklenburg-Vorpommern von stabilen Strukturen sprechen können, ist das in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen nicht der Fall. Dort konnten die GenossInnen keinen flächendeckenden Wahlkampf organisieren, weil es dort keine entsprechenden Strukturen gibt.

Es gibt in Ostdeutschland aus verschiedenen Gründen ein großes Interesse an unserer Partei, der Kommunistischen Partei. Die Gründe sind sicher näher zu untersuchen, aber Stichworte sind

- positive Erfahrungen mit dem realen Sozialismus vor allem im sozialen Bereich, aber auch ein positiver Bezug auf die Friedens- und antifaschistische Politik der DDR
- negative Erfahrung mit Kapitalismus, der das Land ökonomisch zerstört und die Menschen, vor allem Funktionsträger der DDR, diffamiert und ausgegrenzt hat
- Enttäuschung von der Linkspartei, vor allem durch das Mitregieren in Landesparlamenten und das schrittweise Aufweichen ihrer Friedenspositionen

Der Schritt nach dem 20. Parteitag, den Aufbau Ost auf die Tagesordnung zu setzen und eine Ostkoordination ins Leben zu rufen, die unter anderem die Aufgabe hat, zu prüfen, inwieweit Landesstrukturen in Ostdeutschland aufgebaut werden können, war richtig. Er muss kollektiver organisiert werden. Stärker nutzen müssen wir den Kontakt und die Erfahrungen unserer Bündnispartner in diesem Bereich.

Wir wollen die Ostkoordination personell verstärken und AnleiterInnen für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, in denen es keine Landesorganisationen gibt, bestimmen. Wir wollen helfen, die junge Landesorganisation Mecklenburg-Vorpommern zu stabilisieren.

Zunächst wollen wir

- eine Bestandsaufnahme über die tatsächlichen Strukturen in Ostdeutschland vornehmen und die vor Ort agierenden GenossInnen kennenlernen. Dazu nutzen wir vor allem die noch in diesem Jahr anberaumten Landesmitgliederversammlungen in Thüringen und Sachsen und wenn möglich auch in Sachsen-Anhalt.
- Gespräche über Möglichkeiten und ggf. gemeinsame Aktivitäten mit den Genossen Dietmar Koschmieder (Verlag 8. Mai), Klaus Steiniger (Rotfuchs) und Vertretern der GRH und des OKV

führen. Hierbei geht es uns nicht darum, dass wir meinen, die GenossInnen aus diesen Organisationen müssten oder würden nun alle in die DKP eintreten. Es geht um einen Erfahrungs- und Wissensaustausch unter anderem über die sozioökonomische Situation.

Wir wollen

- im Rahmen der UZ-Klausur im Dezember über die Gewinnung ostdeutscher Autoren/Themen beraten;
- die Teilnahme von Verlag & Redaktion an der Leipziger Buchmesse organisieren;
- beraten, inwieweit eine größere Konferenz der DKP/UZ mit Ausstrahlung im Osten durchgeführt werden kann (z.B. Antifa oder Frieden);
- Aktivitäten in Ostdeutschland wie Thälmann-Ehrungen (Berlin/Ziegenhals), das Verhindern von Neonaziaufmärschen (Dresden/Magdeburg) oder Proteste gegen Militärübungsplätzen (war starts here) zentral unterstützen;
- den Landtagswahlkampf 2016 in Mecklenburg-Vorpommern zentral unterstützen.

4.4. Umfeld bestimmen, aufbauen und erweitern

Im Rahmen der Auswertung des EU-Wahlkampfes hielten wir unter anderem fest, dass unser Umfeld wächst. Wir haben das auch an dem durchschnittlich guten Besuch unserer Wahlkampfveranstaltungen festgemacht, der über die Mitgliedschaft hinaus reichte. Wenn wir von Umfeld sprechen, meinen wir aber mehr als den Besuch einer Veranstaltung, sondern Menschen, die uns inhaltlich nahe stehen, mit uns über unsere Positionen diskutieren und gemeinsam mit uns in Aktion treten.

Es geht bei der folgenden Aufzählung sicher nicht darum, dass in diesen Bereichen schnelle Mitgliedschaften zu machen sind, es geht tatsächlich um Umfeld. Wir müssen genauer prüfen, wer von uns in diesem Sinne ansprechbar ist, wie wir ein solches Umfeld näher an uns binden können und es gleichzeitig erweitern können. Die folgende Aufzählung ist nicht zu verwechseln mit einer Aufzählung unserer Bündnispartner! Wir sehen Möglichkeiten in folgenden Spektren:

MigrantInnen

Die Kontakte zu MigrantInnenorganisationen wie der DIDF, zu Flüchtlingsgruppen und ihren UnterstützerInnen sowie zu deutschen Sektionen unserer Schwesterorganisationen, insbesondere zu den TKPen und der KKE sind ausbaufähig. Zu diesem Komplex sollte es zunächst eine Diskussion in der Internationalen Kommission sowie ein Gespräch mit der DIDF geben.

Radikale Linke

Ein Teil der radikalen Linken, der antifaschistischen und antimilitaristischen Bewegung hat zunehmendes Interesse an unseren Positionen und der Zusammenarbeit. Ein Teil gehört zum marxistischen Spektrum. Ergebnis dieses Interesses war das Rote Zelt/Antifa-Zelt im Jugendbereich des Pressefestes.

Hier kommen AktivistInnen verschiedener Bewegungen (Antifaschismus, Antimilitarismus/Antiimperialismus, Blockupy, Mieterbewegung) zusammen, die sich bisher zum Teil (auch aus finanziellen und Karrieregründen) stark an der Linkspartei orientiert haben, aber deren Wanken zunehmend kritisieren.

In Auswertung des Roten Zeltes wird ein Gespräch mit den Organisatoren auch über die weitere Zusammenarbeit geführt. Die kontinuierliche Mitarbeit im Blockupy-Bündnis sowie bei den Vorbereitungen es G7-Gipfels wird zentral abgesichert.

Mietenbewegung

Unsere Mitarbeit in Mietenbündnissen wird geschätzt und gesucht. Die Erarbeitung mietenpolitischer Positionen der DKP wird uns in diesem Spektrum weiter Gehör verschaffen und ein Diskussionsangebot an die Bewegung sein.

Linke in der Linken

Ein Teil der Linken in der Linken sucht den Kontakt zu uns. Wir wollen die Kontakte in die Linkspartei besser pflegen. Dazu gehören ausstehende Gespräche mit Hans Modrow und der KPF sowie Gespräche mit einzelnen Bundestagsabgeordneten.

Kulturbereich

Das UZ-Pressesfest hat unter anderem gezeigt, dass die DKP bei Kulturschaffenden noch immer einen guten Namen hat. Er sollte nicht nur erhalten, sondern gepflegt und erweitert werden. Hierzu sind Überlegungen in bzw. mit der Kulturkommission anzustellen.

+++ Das sind unsere Überlegungen, wie wir – ohne große Illusionen – als Partei aktiver und wahrnehmbarer werden können und so die Partei positiv entwickeln und auch wieder Mitglieder gewinnen können. Wir wollen mit den vorgeschlagenen Maßnahmen, die sicher noch nicht der Weisheit letzter Schluss sind, im Parteivorstand und dann in der Partei eine Diskussion anstoßen in der Erwartung, dass sie angereichert, konkretisiert und ggf. korrigiert, dann aber auch gemeinsam umgesetzt werden.

Wir brauchen dabei in allen genannten Bereichen – Betrieb und Gewerkschaft, Jugendarbeit, beim Aufbau Ost und in der Bündnispolitik – die stärkere Mitarbeit aller Parteivorstands-Mitglieder, der Kommissionen und Bezirke.

9. Tagung des Parteivorstands der DKP

13./14. September 2014, Essen

Beschlüsse

Einberufung des 21. Parteitages der DKP

Die 9. Tagung des Parteivorstandes der DKP beschließt, den 21. Parteitag der DKP für die Zeit vom 14. bis 15. November 2015 einzuberufen. Er soll in Frankfurt/Main stattfinden.

Der Parteivorstand schlägt dem Parteitag folgende vorläufige Tagesordnung vor:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
3. a) Referat
b) Diskussion zu:
 - Referat
 - Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes
 - Bericht der Revisionskommission
 - Finanzbericht
4. Entlastung des Parteivorstands
5. Beratung und Beschlussfassung von Anträgen und Entschließungen
6. Wahlen
7. Schlusswort

Delegierte

Entsprechend dem Statut werden die Delegierten zum 21. Parteitag auf Kreismitgliederversammlungen bzw. Kreisdelegiertenkonferenzen (Kreiskonferenzen) gewählt.

Die Mitglieder der Parteigruppen, die keiner Kreisorganisation angehören, werden auf Bezirks- bzw. Landesebene vom Vorstand zu einer gemeinsamen Mitgliederversammlung eingeladen, auf der die Delegierten entsprechend des Delegiertenschlüssels gewählt werden. Bei Durchführung einer Bezirks- bzw. Landesmitgliederversammlung kann die Wahl auch in deren Rahmen durch die betroffenen Mitglieder in einem vorgezogenen gesonderten Wahlgang durchgeführt werden.

Weitere Delegierte werden auf Bezirksmitgliederversammlungen bzw. Bezirksdelegiertenkonferenzen (Bezirkskonferenzen) gewählt. Die zu wählende Delegiertenzahl entspricht einem Drittel der von den Kreisorganisationen und den Konferenzen der kreisfreien Mitglieder gewählten Delegierten.

Für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, in denen keine Bezirks- oder Landesorganisation besteht, werden die Delegierten entsprechend dem Delegiertenschlüssel – mindestens aber drei Delegierte - auf Landesmitgliederversammlungen gewählt, die vom Parteivorstand in Zusammenarbeit mit den Koordinierungsräten einberufenen und vorbereitet werden.

Für angefangene 35 Mitglieder wird ein/e Delegierte/r gewählt, für jede weiteren, angefangenen 35 Mitglieder ein/e weitere/r Delegierte/r.

Die Delegiertenzahl errechnet sich aus den abgerechneten Mitgliedern der Kreise bzw. der nicht einer Kreisorganisation angehörenden Mitglieder entsprechend der oben genannten Regelung. Diese ergeben sich aus den Abrechnungen der Bezirke. Dabei wird der Durchschnitt der Mitgliederzahlen der Abrechnungen der Quartale 3 und 4 des Jahres 2014 zugrunde gelegt.

Es werden Ersatzdelegierte gewählt. Diese werden dann am Parteitag teilnehmen, wenn die/der gewählte Delegierte aus zwingenden Gründen ihr/sein Mandat nicht wahrnehmen kann. Die entsprechende Reihenfolge der Nachrücker wird durch die entsprechenden Konferenzen festgelegt.

Bei den Delegiertenwahlen sind die Bestimmungen des Statuts zur Quotierung zu berücksichtigen.

Die Mitglieder des Parteivorstand, der Zentralen Revisionskommission und der Zentralen Schiedskommission, die nicht als ordentliche Delegierte gewählt wurden, sind teilnahmeberechtigt. Sie haben Rederecht, aber keine Antrags- und Stimmrecht.

Anträge

Antragsberechtigt sind die Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen, die Mitgliederversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen auf Kreis- bzw. Bezirksebene, der Parteivorstand, die Zentrale Revisionskommission und die Zentrale Schiedskommission.

Anträge an den 21. Parteitag sind bis zum 20. September 2015 beim Parteivorstand der DKP, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, schriftlich einzureichen. Es wird um Übermittlung per E-Mail gebeten.

Arbeitsgruppen und Kommissionen der Partei können nur Anträge an die jeweiligen Vorstände, in deren Bereich sie arbeiten, stellen, mit der Bitte, sie als Anträge über die Parteikonferenzen an den Parteitag zu stellen.

Parteiwahlen in Vorbereitung des 21. Parteitages der DKP

In Vorbereitung des 21. Parteitages der DKP sollen auf allen Ebenen– Grundorganisationen, Kreisorganisationen, Bezirks- bzw. Landesorganisationen – Mitgliederversammlungen bzw. Konferenzen stattfinden. Entsprechend dem Statut wird dort Rechenschaft gegeben, die Aufgaben der nächsten Zeit beraten, Anträge an die jeweiligen Konferenzen auf den nächsthöheren Ebenen und an den Parteitag beraten und die Wahlen zu den Leitungsgremien durchgeführt.

Die **Parteiwahlen** sollen einheitlich in der DKP stattfinden, und zwar

- **In den Grundorganisationen bis zum 31. März 2015.**
Über das Ergebnis der Neuwahl des Gruppenvorstandes bzw. der Sprecher/innen wird ein Protokoll angefertigt, welches dem Kreis-, Bezirks- und Parteivorstand übergeben wird.
- **Kreiskonferenzen finden im April 2015 statt.**
Sie wählen ihre Delegierten zum Parteitag. Über das Ergebnis der Wahl der Gremien für die Kreisorganisation und der Delegierten zum Parteitag wird ein Protokoll angefertigt, welches dem Bezirks- und dem Parteivorstand übergeben wird.
- **Die Bezirkskonferenzen finden in der Zeit von Mai bis 20. September 2015 statt.**
Sie wählen entsprechend dem Delegiertenschlüssel eine solche Zahl von Parteitagsdelegierten, die einem Drittel der von den Kreisorganisationen und den Mitgliederversammlungen der nicht Kreisorganisationen angehörenden Mitglieder gewählten Delegierten entspricht. Über die Ergebnisse der Wahlen für den Bezirksvorstand, die Bezirksrevisionskommission und Bezirksschiedskommission und die Delegierten wird ein entsprechendes Protokoll angefertigt.

Die Meldung der gewählten Delegierten an den Parteivorstand erfolgt mit vollständiger Adresse und – wenn vorhanden – Mailadresse bis zum 20. September 2015. Deutlich gemacht wird ebenfalls, wie im Falle einer Nichtteilnahme einer/eines Delegierten die Ersatzdelegierten nachrücken.

Gäste zum Parteitag

Die Frage der Einladung von nationalen und internationalen Gästen wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. Für die Teilnahme von Gästen aus der Partei erhalten die Bezirke und Landesorganisationen Kontingente entsprechend ihrer Mitgliederstärke.

Finanzierung

Der Parteitag finanziert sich durch die Beiträge der Delegierten, der entsendenden Gliederungen und durch Spenden. Eine entsprechende Spendenkampagne zur Finanzierung des Parteitages wird organisiert. Dem Parteivorstand wird ein Finanzrahmenplan durch die Finanzkommission vorgelegt. In diesem wird der konkrete Delegiertenbeitrag und die eventuelle Beteiligung der Bezirks- bzw. Landesorganisationen vorgeschlagen.

(Angenommen mit 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung)

Arbeitsgruppe Statutenänderung

Für die Erarbeitung eines Antrages zur Änderungen des Statuts hinsichtlich der Delegiertenregelung für Parteitage wird eine Arbeitsgruppe gebildet. Dieser gehören an:

- Olaf Harms
- Thomas Matthes
- Volker Metzroth
- Wera Richter

(Einstimmig angenommen)

Solidarität mit unserem inhaftierten Genossen

Ein junger DKP-Genosse aus Hannover ist seit dem 8. September wegen der Teilnahme an einer antifaschistischen Blockade im Knast. Er soll eine Strafe von zwei Monaten absitzen. Der Parteivorstand der DKP drückt seine volle Solidarität mit ihm und gleichzeitig seine Empörung über die Inhaftierung aus.

Unser Genosse hat sich geweigert, einen Strafbefehl in Höhe von 1.200 EUR zu zahlen. Gemeinsam mit hunderten anderen AntifaschistInnen hatte er erfolgreich im August 2013 den Naziaufmarsch im niedersächsischen Bad Nenndorf blockiert. Neben ihm wurden 40 weitere Teilnehmer Opfer der niedersächsischen Polizei und Justiz. Auch ihnen gehört unsere Solidarität!

Niedersachsen Polizei und Justiz bekennen sich in Worten gerne zum „Kampf gegen Rechtsextremismus“, tatsächlich betreiben sie das Gegenteil: Sie kriminalisieren AntifaschistInnen und scheuen sich nicht davor, sie einzusperren.

Unser Genosse wurde wegen Beteiligung an der Blockade, angeblicher Störung der Ordnung der Naziversammlung und Anwendung von Gewalt und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt. Mit der Strafe und der ersatzweise auferlegten Haft wird deutlich, dass sich der „neue“ Kurs der rot-grünen Landesregierung in Bezug auf antifaschistisches Engagement kaum von dem der alten Landesregierung unterscheidet. Die zur Schau gestellte Abgrenzung der Landesregierung von der offensiven Bekämpfung von AntifaschistInnen und Linken für die insbesondere der ehemalige CDU-Innenminister Schünemann stand, erweist sich im Ernstfall als bloßes Theater. Nämlich immer dann, wenn den Nazis konsequent der öffentliche Raum streitig gemacht wird.

Wir rufen alle antifaschistischen und demokratischen Organisationen auf, sich mit unserem Genossen und den weiteren kriminalisierten AntifaschistInnen von Bad Nenndorf zu solidarisieren.

Antifaschismus ist notwendig und nicht kriminell!

Der Parteivorstand der DKP fordert:

- Freiheit für unseren Genossen! Solidarität mit allen weiteren kriminalisierten BlockiererInnen.
- Schluss mit der jährlichen Nazikundgebung in Bad Nenndorf!
- Verbot und Zerschlagung aller faschistischen Organisationen und Parteien nach §139 GG!

Essen, der 14.09.2014

(Einstimmig angenommen)

Festival der Jugend der SDAJ, Pfingsten 2015

Die DKP unterstützt das bundesweite Festival der Jugend der SDAJ Pfingsten 2015 in Köln finanziell und organisatorisch. Das Festival steht unter dem Motto „make capitalism history – Die Zukunft gehört uns!“ Es ist eingebettet in die Mobilisierung der SDAJ zu den Protesten gegen den G7-Gipfel im Juni 2015 im bayerischen Elmau, die mit den Protesten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz im Februar in München beginnt.

Die DKP sieht es als ihre Hauptaufgabe an, Jugendliche aus ihrem Umfeld für das Festival zu gewinnen. Damit verbunden ist auch das Ziel, die Partei zu stärken in dem die Grundorganisationen nach außen gehen und gezielt Jugendliche ansprechen.

- **Mobilisierung**

Alle Grundorganisationen sind aufgerufen, in ihrem Umfeld für das Festival zu werben und sich konkrete Ziele zu setzen, wen und wie viele Jugendliche sie für das Festival gewinnen wollen. Wo es keine SDAJ-Strukturen gibt, organisiert die DKP in Absprache mit der SDAJ die gemeinsame Anreise mit den SympathisantInnen.

Die DKP mobilisiert gemeinsam mit der SDAJ nach Köln, zum Beispiel mit gemeinsamen Verteilaktionen. Der Parteivorstand stellt mit Hilfe der SDAJ Materialien für die Mobilisierung, darunter auch Anzeigen für Kleinzeitungen zur Verfügung. Nach Möglichkeit wird eine Kampagnen-Idee ähnlich der „Bring-2-Kampagne“ der Antifa nach Dresden entwickelt. Die funktionierte so, dass jeder, der nach Dresden fährt, zwei Mitstreiter gewinnt und mitbringt. Die

Die SDAJ hat beschlossen, im Frühjahr möglichst flächendeckend „make capitalism history“-Veranstaltungen zu organisieren. Themen sollen unter anderem der G7-Gipfel und Blockupy sein. Die DKP-Gruppen sind aufgerufen, diese Veranstaltungen zu unterstützen und dort, wo es keine SDAJ-Gruppen gibt, in Absprache mit der SDAJ solche Veranstaltungen zu organisieren.

- **Beitrag der DKP**

Die SDAJ hat auch bekräftigt, einen größeren Beitrag der DKP auf dem Fest haben zu wollen. Die Jugendkommission konzipiert diesen in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat und der Bezirksorganisation Rheinland und in Absprache mit der SDAJ. Grundidee ist das Café K mit einem inhaltlichen, kulturellen und kulinarischem Angebot.

- **HelferInnen**

Die HelferInnen und Helfer des Pressefestes werden gemeinsam von PV und SDAJ angeschrieben und auf der Helferparty geworben, um den Jugendverband bei Auf- und Abbau sowie der Durchführung des Festes zu unterstützen.

Die zentrale Ordnerleitung berät sich mit der SDAJ wie die Unterstützung im Sicherheitsbereich aussehen kann.

- **Finanzen**

Die DKP unterstützt das Festival der Jugend mit mindestens 3000 Euro, die durch gezielte Spenden eingeworben werden.

(Einstimmig angenommen)

Auftreten der DKP am LL-Wochenende am 10. und 11. Januar 2015

Wir erinnern am 10. und 11. Januar 2015 in Berlin an den Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Luxemburg und Liebknecht waren konsequente KriegsgegnerInnen. Heute ist Krieg zum permanenten Zustand in vielen Regionen der Welt geworden. Insbesondere der Krieg gegen die Bevölkerung der Ost-Ukraine und die Unterstützung der deutschen Bundesregierung für die Putschregierung in Kiew, an der Faschisten beteiligt sind, fordert unseren Protest. Die NATO provoziert und zündelt an den Grenzen Russlands. Wir brauchen eine stärkere Bewegung gegen die NATO.

Die DKP wird am LL-Wochenende in Berlin ihre Positionen gegen Kriegspolitik und Bundeswehrein-sätze in aller Welt in und die verschärfte Aggression der NATO in den Mittelpunkt ihres Auftretens und ihrer Agitation stellen.

Der DKP-Parteivorstand ruft die Mitglieder der DKP auf, sich zahlreich an der Ehrung von Rosa und Karl in Berlin zu beteiligen, gemeinsam mit der SDAJ Busse für die Anreise zu organisieren und Sympathisanten sowie Bündnispartner für die Teilnahme an den Aktivitäten zu gewinnen. Für die Mobilisierung stellt er eine achtseitige Antikriegszeitung als UZ-extra zur Verfügung, die Ende November erscheint. Für die Mobilisierung in Berlin wird ein Plakat erstellt.

Die Aktivitäten am LL-Wochenende werden mit der Berliner Landesorganisation koordiniert und gemeinsam durchgeführt.

Die DKP mobilisiert zu folgenden Aktivitäten:

*** Rosa-Luxemburg-Konferenz (RLK) der jungen Welt, 10. Januar**

Die RLK findet unter dem Motto „1914 – 1939 – 2015: Von Krieg zu Krieg - Soziale Befreiung statt nationalistischer Demagogie“ in der Urania statt. Als Mitveranstalter beteiligen wir uns an Mobilisierung, Durchführung und Programmgestaltung, zum Beispiel in Form der Moderation. Die DKP organisiert gemeinsam mit der SDAJ erneut das Café K als Treffpunkt, Versorgungs- und Rückzugsort für die KonferenzteilnehmerInnen.

*** LLL-Treffen, 10. Januar**

Wir führen am Abend des 10. Januar in der Urania unsere traditionelle LLL-Veranstaltung durch, um Mitglieder und Sympathisanten auf die LL-Demonstration und das Jahr 2015 einzustimmen. Neben Patrik Köbele sprechen ein Vertreter der SDAJ und ein internationaler Gast. Anschließend gibt es ein Kulturprogramm. Für die Veranstaltung wird eine gesonderte Konzeption erstellt.

*** LL-Demonstration, 11. Januar**

Wir beteiligen uns mit einem starken und gut sichtbaren Block an der LL-Demonstration am 11. Januar. Für den Block wird es ein Leittransparent und weitere Sichtelemente (Schilder/Pappen) und einen Lautsprecherwagen geben. Im Vorbereitungsbandnis und in der Demoleitung vertritt uns Genossin Nina Hager

*** Stilles Gedenken in Friedrichsfelde, 11. Januar**

Wir beteiligen uns an dem Stillen Gedenken in Friedrichsfelde mit dem Niederlegen eines Kranzes sowie Ständen der Partei und der Verlage. Es wird erneut ein attraktiver Treffpunkt für GenossInnen und SympathisantInnen organisiert.

Die DKP nutzt das LL-Wochenende vor allem zur Gewinnung von UZ-Probe-LeserInnen.

(Einstimmig angenommen)

Unterstützung der Aktivitäten gegen die Freihandelsabkommen TTIP (USA/EU) und CETA (Kanada/EU)

1. Europaweiter Aktionstag gegen TTIP, CETA und die Freihandelsagenda der Konzerne am 11. Oktober 2014

Die DKP unterstützt den Aufruf „Konzernmacht zurückdrängen! Mensch und Umwelt vor Profit“ des Bündnisses „TTIP Unfairhandelbar“ und anderer. Alle Gliederungen der Partei werden aufgerufen, sich am bundesweiten Aktionstag am 11. Oktober 2014 wo möglich gemeinsam mit den örtlichen Bündnissen zu beteiligen. Das Sekretariat des Parteivorstandes stellt dafür ein zentrales Flugblatt zur Verfügung.

2. Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP

Die DKP unterstützt die Europäische Bürgerinitiative gegen die geplanten Handelsabkommen TTIP und CETA des Bündnisses „Stopp TTIP“. Mit dieser soll die EU-Kommission aufgefordert werden, die TTIP-Verhandlungen zu stoppen bzw. das CETA-Abkommen nicht abzuschließen.

Die EU-Kommission will den Widerstand verhindern und hat die Initiative nicht zugelassen. Dagegen protestiert die DKP aufs Schärfste. Sie beteiligt sich an den Protesten gegen diese Entscheidung und an Aktivitäten für die Zulassung der Initiative.

Wenn die Bürgerinitiative zustande kommt, werden alle Gliederungen der Partei aufgerufen, Unterschriften für die Bürgerinitiative zu sammeln. Für die Sammlung erstellt das Sekretariat ebenfalls ein zentrales Flugblatt.

Die DKP unterstützt außerdem die Kampagne des ATTAC-Netzwerkes „10.000 Kommunen TTIP-frei!“ für kommunale Selbstverwaltung und gegen Konzerninteressen.

(Einstimmig angenommen)

Solidarität mit InteressenvertreterInnen

Es mehren sich bundesweit Vorgänge, in denen aktive GewerkschafterInnen und von den Belegschaften gewählte InteressenvertreterInnen massiv unter Druck gesetzt und mit Verlust des Arbeitsplatzes bedroht werden. Aktuell versucht zum Beispiel Enercon, ein Unternehmen der Windbranche, den Kollegen Nils-Holger Böttger zu kündigen. Hintergrund ist sein Einsatz als Betriebsratsvorsitzender insbesondere auch für LeiharbeiterInnen. In der Bankenbranche versucht die Volksbank Kraichau unter Heranziehung fadenscheiniger Begründungen den Kollegen und Betriebsratsvorsitzenden Torsten Wacker zu kündigen. Mit solchen Angriffen gehen einige Kapitalvertreter selbst hinter die Regelungen des sozialpartnerschaftlich konstruierten Betriebsverfassungsgesetzes zurück.

Unsere Solidarität gilt all jenen aufrechten Kolleginnen und Kollegen, die trotz Schikanen und drohendem Arbeitsplatzverlust die Interessen der Beschäftigten vertreten. Das Sekretariat des Parteivorstandes wird beauftragt, in ihm bekannt gewordenen Fällen, sich mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen solidarisch zu erklären. Die UZ wird aufgefordert, über solche Fälle zu berichten.

(Angenommen mit 19 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

Kandidatur der DKP zur Bundestagswahl 2017

Der PV beauftragt das Sekretariat bzw. eine Arbeitsgruppe, baldmöglichst ein Diskussionspapier vorzulegen, in dem die Kandidatur der DKP bei der Bundestagswahl 2017 geprüft und begründet wird. Das Papier soll rechtzeitig in die Gruppen gegeben werden mit dem Ziel, nach intensiver Diskussion auf dem 21. Parteitag über eine Kandidatur zu beschließen.

(Angenommen mit 14 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Verstärkung der UZ-Redaktion

Der Parteivorstand beruft Genossen Lars Mörking als Redakteur der UZ.

(Angenommen mit 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 5 Enthaltungen)

Kommissionen des Parteivorstandes

Der Parteivorstand bestätigt auf seiner 10. Tagung am 22./23. November 2014 seine Kommissionen, das heißt deren LeiterInnen und Mitglieder.

(Einstimmig angenommen)

Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien

Der Parteivorstand delegiert Günter Pohl zum 16. Meeting der Kommunistischen und Arbeiterparteien vom 13. bis 15. November 2014 in Guayaquil in Ecuador.

(Einstimmig angenommen)

Konferenz Europäischer Kommunistischer Parteien

Der Parteivorstand delegiert den Genossen Lars Mörking zur Konferenz europäischer Kommunistischer Parteien, die am 2. 10. 2014 in Brüssel auf Einladung der KP Griechenlands mit dem Thema „Europa hundert Jahre nach dem Ersten Weltkrieg – Kapitalismus: Krise, Faschismus, Krieg. Der Kampf der Kommunistischen und Arbeiterparteien für ein Europa des Sozialismus, des Friedens und der gesellschaftlichen Gerechtigkeit“ stattfindet.

(Einstimmig angenommen)
